len, um dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen und sich zum Herrn ihrer selbst, zum Produzenten ihrer Bedürfnisse zu machen.

Wirtschaftsdemokratie — eine Gewerkschafts-Illusion

(Schluß)

In dem Novemberheft des „Gewerkschaftsarchiv" schreibt Carl Zwing zur Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Deutschland u. a. folgendes: „Die Arbeiterschaft muß sich von der Illusion befreien, als könne sie mit Hilfe ihrer Zahl auf dem Wege über den politischen Apparat ihre wirtschaftliche Lage grundsätzlich ändern. Der Arbeiter und Angestellte ist nicht nur durch seine organisatorisch zusammengefaßte Arbeitskraft zur bedeutendsten Kategorie innerhalb der Gesamtwirtschaft geworden, sondern ist in seiner Gesamtzusammenfassung auch der allergrößte Kapitalist. Bei der heutigen Blutleere des Wirtschaftskörpers . . . und unter dem Gesichtswinkel, daß die Gewerkschaften, indem sie die Millionen kleiner und kleinster Kapitalseinheiten organisatorisch in ein Bett leiten und zusammenfassen, eine gewaltige, ja vielleicht die größte Kapitalsmacht darstellen, bekommt das Problem der Kapitalsneubildung für alle Gewerkschaften ein überragendes Interesse . . . Der wirtschaftsdemokratische Gedankenhabitus zwingt Arbeiter und Angestellte nicht nur arbeits- und sozialpolitisch zu denken, sondern auch finanzpolitisch. Die notwendige Kapitalsneubildung ist nicht eine Sache des Wirtschaftsfaktors „Kapital", sondern eine Sache aller im Wirtschaftsprozeß wirkenden positiven Kräfte, also auch des Faktors „Arbeit".

Es ist sehr interessant, wenn diesen Anslassungen gewerkschaftlicher Führer das offizielle Programm der deutsch-völkisch-gelben Organisationen, die direkt vom Unternehmer ausgehalten werden, gegenübergestellt wird. In der völkischen Wochenzeitung „Deutsche Werksgemeinschaft" vom 29. November 1925 ist ein Aufruf des Reichsbundes vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Deutschland veröffentlicht. Darin heißt es u. a.: „Der deutschen Oeffentlichkeit und der deutschen Arbeiterschaft aber ruft sie (die völkische Organisation) zu, daß nicht Kreditnot, sondern Kapitalnot die entscheidende Frage ist. Alle Kräfte müssen aus dem jetzigen Stadium der Ueberorganisation, des schwatzhaften Verhandelns und des gewerkschaftlichen Klüngels befreit werden. An Stelle der Zerreißung der Wirtschaft durch den Klassenkampf muß die Erkenntnis treten, daß Unternehmer und Arbeiter gemeinsam die Wirtschaft bilden und daß daher beide Teile zu einer äußeren und inneren Gemeinschaft — der Werksgemeinschaft — zusammenwachsen müssen."

Abgesehen von der verschiedenartigen Phraseologie wird selbst bei der schärfsten Prüfung niemand feststellen, daß sachlichen Unterschied zwischen den Worten von den freigewerkschaftlichen Führern vertretenen Auffassung und der völkischen festzustellen.

Wir Kommunisten, die wir auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen, bezeichnen die Gewerkschaften im allgemeinen als reformistisch. Diese allgemeine Bezeichnung ist falsch, zum mindesten aber ungenügend. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse unterscheidet sich ein Reformist von einem Revolutionär dadurch, daß er zwar auch den Kapitalismus überwinden „will", aber die Auffassung vertritt, daß dieses Ziel nur auf dem Wege der langsamen allmählichen Entwicklung durch Reformen erreicht werden kann; während der Revolutionär die Beseitigung des Kapitalismus nur durch einen revolutionären Gewaltakt für möglich hält, dem allerdings eine Reihe von Kämpfen, in denen die Arbeitermassen revolutionär geschult werden, vorausgehen muß. Verdienen um die Vertreter der gewerkschaftlichen Ideologie, wie wir sie in den Zitaten (voriger Artikel) festgehalten haben, die Bezeichnung Reformisten? Nein, Sie wollen z. B. gar keine Reformen mehr, sie „sind viel weiter", sie wollen das kapitalistische System erhalten und bestenfalls den Kapitalismus reformieren. Sie haben sich zu Kapitalreformisten durchgemausert und sind nicht einmal mehr Sozialreformisten.

Es ist dieselbe gewerkschaftliche Entwicklung wie wir sie bei den Sozialdemokraten auf politisch-parlamentarischem Gebiet feststellen können. Auch dort werden von den Sozialdemokraten, wie bei allen parlamentarischen Parteien die Interessen der Arbeiterklasse bewußt den Interessen des bürgerlichen Staates unterordnet. (Hierzu zählt auch die KPD. trotz ihrer revolutionären Phraseologie.) Und es war eine durchaus richtige Charakterisierung, wenn der deutsch-völkische Abgeordnete Revenstorff nach der Rede von Wels anläßlich der Bedeutung des deutsch-russischen Handelsvertrages im Reichstage ausführte, daß man nicht mehr von Sozialdemokraten, sondern nur noch von Kapitaldemokraten sprechen könne. Die letzte Entwicklung der freien Gewerkschaften zu offenen Vertretern des kapitalistischen Systems ist sehr logisch und hat ihre natürliche Ursache in der Unmöglichkeit der Durchführung der reformistischen Taktik, in dem unausweichlichen Bankrott der reformistischen Methode.

Was uns schon Marx lehrte und was das Ergebnis aller Forschungen, Erfahrungen und Ergebnisse seit dem war, ist: Es gibt keine Befreiung des Proletariats durch Reformen, durch den Kapitalismus, oder gar durch Zusammenarbeit mit dem Kapital, es gibt nur ein Entweder — Oder. Entweder revolutionären Kampf bis zur Zerschlagung, zur proletarischen Revolution der Kapitalherrschaft des Kapitalismus mit Massenverelendung und Zurückzehen in die Barbarei. Die Gewerkschaften sind mit dem Kapital verwachsen und haben mit ihm endgültig Frieden geschlossen. Noch ist es wollen als Vollwertige anerkannt werden in die „kapitalistische Familie." So war nicht anders ist ihr „Kampf" um die Wirtschaftsdemokratie, ihre immer und immer wiederholte Parole von dem „Ebenbürtigkeit mit dem Kapital", dem „Mitbesitzerschaft an der Neubildung des Kapitals" zu verstehen. Denn wie sagt doch Zwing? — „Der Untergang des kapitalistischen Systems ist unser Untergang."

Die jetzige Entwicklung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, auch in den anderen Ländern sind gleichlaufende Tendenzen und Bestrebungen zu verzeichnen — ist keine vollkommene Neuerscheinung. Theoretisch liegt der „Kampf" um die Wirtschaftsdemokratie schon in dem 1896 aufgetretenen Bernsteinschen Revisionismus begründet. Politisch hat sich der Revisionismus international durchgesetzt. Was wir jetzt in Gestalt von „Kampf" um die Wirtschaftsdemokratie vor uns sehen, ist nur die letzte praktische Konsequenz des Revisionismus.

Es gibt allerdings noch Köpfe im ADGB, die sich über was die Zwing, Tarnow und Fritz Kummer wollen, noch nicht ganz im klaren sind. Teils aus ausweichender Demagogie, teils, weil sie sich von den Schlacken ihrer „proletarisch-radikalen"

Freitag, den 14. Mai:

Mitglieder-Versammlungen in allen Bezirken

Vergangenheit noch nicht ganz befreit haben, wenden sie sich gegen das Geschreibsel der genannten Leute. Diese Unklarheiten zeigten sich sehr deutlich auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß. Jäckel, der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes hatte das Referat über Wirtschaftsdemokratie. Er demonstrierte in seinem Referat ungewollt die ganze kapitalistische Verworrenheit — die kapitalsergebene Praxis der Gegenwart und die sozialistische Phrase aus der Vergangenheit. Er brachte es fertig, in einem Atemzuge zu sagen (siehe Protokoll Seite 205—207): „Es ist ganz ausgeschlossen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft ein harmonisches Zusammenarbeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter herbeizuführen. Voraussetzung der Wirtschaftsdemokratie ist die Eroberung der politischen Macht" und gleich dahinter sagt er: „Gerade weil ich den Standpunkt vertrete, daß die Arbeiterschaft ein Element der Wirtschaft ist, welches nach Gleichberechtigung strebt, . . . ist meines Erachtens der Arbeiter innerhalb seiner Organisation verpflichtet, gemeinsam mit dem Unternehmer jene Formen der Rationalisierung, der Typisierung, der Taylorisierung usw. herauszufinden, die für die Wirtschaft nützlich sind."

Professor Gerrnberg, ein vor kurzem vom Bürgertum zur Sozialdemokratie gekommener Nationalökonom, der das Referat über „Die deutsche Wirtschaft" hatte, sah zum Entsetzen der Delegierten des Kongresses die Dinge wesentlich klarer und zog ganz andere Schlußfolgerungen als man von ihm erwartete. Er sagte nämlich u. a. (Siehe Protokoll Seite 199 und 200): „In unserer Verfassung steht, . . . Die Arbeiter sollen gleichberechtigt an der Wirtschaftsordnung beteiligt werden. Wir alle sind uns darüber klar, daß das zunächst noch unerreichte Ideale sind, Ideale, die auch im Rahmen unserer gesamten Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden können, sondern die eine grundsätzliche Neugestaltung voraussetzen. Damit wird die Forderung der Gewerkschaften nach einer Wirtschaftsführung ganz von selbst zur Forderung nach einer grundsätzlichen Neuordnung. Denn darüber sollte man sich klar sein. Heute gibt es eine Wirtschaftsführung nicht, und eine Beteiligung an der Wirtschaftsführung ist natürlich nur möglich, wenn erst einmal eine solche da ist. Das Charakteristische für die kapitalistische Tauschwirtschaft ist ja gerade die Tatsache, daß eine einheitliche Führung überhaupt nicht vorhanden ist. Infolgedessen ist auch zur nicht eine Beteiligung an der Wirtschaftsführung ohne weiteres möglich."

Von Interesse ist auch was das Vorstandsmitglied Schlestedt vom Metallarbeiterverband auf Grund seiner Erfahrungen im Eisenwirtschaftsverband, einer echt „wirtschaftsdemokratischen Einrichtung in der „Arbeit" schrieb. (Juliheft 1925.) Nach einer ausführlichen Schilderung der Vorgänge im Eisenwirtschaftsbund, über die Bauspannung der Arbeitervertreter für die Interessen des Privatkapitals kam Schlestedt zu dem Schluß: „So mußten diejenigen Arbeiter, die mit den Unternehmern für eine vorübergehende „freie" Wirtschaft stimmten, zum Schaden auch noch den Spott einstecken. Damit zeigt sich auch die Schwäche paritätischer Wirtschaftskörper: Stehen sich beide Gruppen geschlossen gegenüber, so kann es zu keinen Beschlüssen kommen. Da aber die Arbeiter viel leichter auseinanderfallen als die Unternehmer, so kommen Beschlüsse in der Regel nur auf Kosten der ersteren zustande. Eine wirtschaftliche Demokratie ist auf diese Weise nicht zu erzielen, denn erstens müßte der Wille der Unternehmer keinen Einfluß auf die Arbeiter zu dulden, niedergekämpft werden. Das wird aber nicht möglich sein, ohne daß der Einflußnahme der Unternehmer diese Quelle fließt die Stärke der Unterbindet. Aus dieser Quelle fließt die Stärke der Unterschichten, solange eine Aenderung nicht eingetreten ist, kann das wirtschaftliche Uebergewicht der Unternehmer nicht zu mildert werden. Der Weg zur Wirtschaftsdemokratie geht deshalb über die Staatsdemokratie."

Nun sind diese Ausführungen Schlestedts nur Worte, in Wirklichkeit stimmte auch er wie alle anderen geschulten für die Thesen zur Wirtschaftsdemokratie auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß. Weder zeigte sich nach dem Kongreß bis heute in der gesamten Gewerkschaftspresse das restlose Einschwenken für die Parole „Wirtschaftsdemokratie". Es sei nunmehr alte Theorien sind, die schon vor Jahrzehnten von klassenbürgerlichen Nationalökonomen, wie Eugen Dühring, und zünzendsten Schriften von Friedrich Engels (Anti-Dühring), Rosa Luxemburg (Sozialreform oder Revolution?), Mehring, und auch Lenin (Gegen den Strom) widerlegt werden. Da es bei den Gewerkschaften neuerdings en der Tagesordnung ist, sich einen großen Stab von Theoretikern über Wirtschaftsfragen zu halten, so ist es auch notwendig, daß man sich im revolutionären Proletariat mehr wie bisher mit dieser Materie beschäftigt, um jederzeit in der Lage zu sein, den gewerkschaftlichen „wirtschaftsdemokratischen" Unsinn zu widerlegen.

Revolutionäre Klassenpolitik

Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (d. h. dem ihm direkt unmittelbar gegenüberstehenden Repräsentanten des Imperialismus), ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offizioso der herrschenden Klasse. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.

Gewiß hat der internationale Sozialist, und nur er, da er den Klassenkampf gegen die eigene Regierung führt, das Recht, auch die fremden Regierungen anzugreifen. Dafür aber finden sich in allen Ländern, auch in Deutschland, genügend Kräfte, Skrupellosigkeit und Demagogie, so daß er seine ganze Kraft dem Angriff gegen die eigene Regierung widmen muß, um wenigstens der schlimmsten Wirrnis entgegenzuwirken.

Darum habe ich mich hier nicht mit den Sünden anderer zu befassen, sondern mit denen der deutschen Regierung; ja es ist meine Pflicht, die fremden Regierungen gegen unberechtigte Vorwürfe in Schutz zu nehmen, weil die Unwahrheit nirgends zu schonen ist und weil solche Unwahrheiten heute mehr wie je dem verwerflichen Zweck der Völkerverhetzung, der Aufstachelung des Kriegshasses dienen.

Ich habe die ausländischen Regierungen, wo immer sich Gelegenheit bot, in ihren eigenen Ländern Aug' in Aug' angegriffen und in Deutschland, wenn ich davon im Auslande einen Ertolg im sozialistischen Sinne erachte oder damit zugleich die deutsche Regierung Aug' in Aug' angriff. Niemals werde ich es tun, wenn ich dadurch der Kriegshetzerei Vorschub leiste.

(Karl Liebknecht: Schreiben an das Kommandanturgericht, 8. Mai 1916.)

Neues Bombardement von Damaskus

TU. Paris, 10. Mai. Die „Chicago Tribune" berichtet aus Damaskus, daß auch einen 15stündigen Bombardement, das eine Stunde lang in Trommelfeuer überging, der Stadtteil Midan, in dem sich die aufständischen Drusen verschanzt hatten, völlig zerstört wurde. Das Bombardement sei weit heftiger gewesen, als das im vergangenen Oktober. Nach Mitteilung der Eingeborenen sind 300 Personen getötet worden.

Laut „Humanité" hatte der französische Oberkommissar dem Stadtteil Midan, der 120 000 Einwohner hat, eine Geldstrafe auferlegt, und als diese nicht bezahlt werden konnte, ließ er die Wasserleitung absperren, so daß ganze Hausviertel vom Feuer verzehrt wurden.

Mitteilungen Groß-Berlin

Nachweis Wasserhauscner Straße.

Alle Genossen, die auf dem Arbeitsnachweis stempeln, treffen sich Dienstag, den 18. Mai, mittags 12 Uhr, im Lokal Prassel, Ecke Wasserhauscner- und Michaelkirchstraße. — Alle Genossen müssen unbedingt erscheinen.

16. Unterbezirk (Köpenick). Freitag, den 21. Mai, pünktlich 8 Uhr, öffentlicher Diskussionsabend in Grünau (Lokal J. Franz) Köpenicker, Ecke Lahmertstraße. — Thema: Vom Wesen des dialektischen Denkens. — Alle Genossen müssen erscheinen. Sympathisierende sind einzuladen.

Nachruf.

Am 9. Mai 1926 morgens starb der Genosse Oskar Liebental. Die Einäscherung findet Freitag, den 14. Mai, abends 5,30 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. — Ehre seinem Andenken. Der 14. Unterbezirk.

Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Dienstag, den 18. Mai 1926, Mitglieder-Versammlung im Lokal von Kluge, Danziger Straße 71. Erscheinen ist Pflicht.

Der Bonzenspiegel

Splitter und Späne.

Aus dem Klassenkampf, für den Klassenkampf!

Eine Sammlung von Aussprüchen führender „Autoritäten" der sozialistischen und revolutionären Arbeiterbewegung, die in der Propaganda jedem Agitator gute Dienste leisten können.

80 Seiten stark, Preis 80 Pfennig.

Zu beziehen durch die Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag:

„Der Syndikalist", Berlin O 34
Warschauer Straße 62

Das Buch ist auch zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Warschauer Straße 49, sowie durch die Zeitungsbotenin der „KAZ."

Achtung! Bibliotheken und Archive!

Noch einige komplette

Jahrgänge 1925

der

Kommunistischen Arbeiter-Zeitung

400 Seiten stark, in tadellosem Einband zum Vorzugspreise von

12 Mark

zu haben. Porto und Verpackung zu Lasten des Empfängers.

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur und Antiquariat Berlin O 17, Warschauer Str. 49

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Soke, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Bastomski, Berlin O. 17, Laurzstraße 79.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name

Ort

Straße Nr.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49, zu senden.

7. Jahrg. Nr. 38

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 696 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats

Gewitterwolken

Nach vielen Abstimmungen von Mißtrauensvoten ist die Luther-Regierung über einen Antrag der Demokraten gestolpert, der besagt:

„Der Reichstag mißbilligte die Haltung des Reichskanzlers, der durch sein Verhalten in der Flaggenfrage eine Gesamtlösung dieser Frage erschwert und in sorgenvoller Zeit einen neuen Konflikt ohne Not heraufbeschworen hat."

Die Presse der Schwerindustrie erklärt, daß der Kanzler über seine eigene Ungeschicklichkeit zu Fall kam. Alle anderen Mißtrauens-Anträge wurden abgelehnt und somit dokumentiert, daß der Kurs an sich richtig, daß lediglich in der Art der Durchführung Differenzen im Lager der kapitalistischen Parteien bestehen.

Welche sind diese Differenzen? Die fortschreitende Krise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit schafft eine Atmosphäre, die für alle Parteien untragbar wird. Die Sonnenwende ist nahe, und der Herbst bringt erst recht keine Lösung; im Gegenteil. Die sorglich über den Winter geführten Illusionen müssen bei neuer Sonnenwende in ihr Gegenteil umschlagen. Mag heute auch noch das Proletariat dumpf grollend neben den Dingen stehen: Das Kapital kann die Kosten selbst dieser „Sozialfürsorge" nicht mehr ertragen. Der Abbau der Erwerbslosenunterstützung kennzeichnet die Lage sehr gut. Mit der weiteren Verschärfung der Arbeitsmarktlage muß sich die mit Elektrizität geladene Atmosphäre einmal entzünden. Das Kapital bereitet sich vor. Mit dem Sieg des englischen Kapitals über die Bergarbeiter wird eine neue Welle von Lohnkürzungen sich über die deutschen Arbeiter ergießen, um wenigstens noch einen Rest des Produktionsapparates absatzfähig zu erhalten. Ein Anschluß an den Weltmarkt ist nicht möglich. Die innenpolitische Krise unausweislich. Die Konzession, die die kapitalistische Regierung an die auslandsdeutschen monarchistischen Nester zu machen gewillt war, findet den Beifall bis zu den Demokraten, nur sollte man — meinen die guten Leute — vorsichtiger sein, während der andere Teil eine radikale Lösung für notwendig hält. Das beweisen auch die unter den Augen der Regierung betriebenen Putschvorbereitungen, die lediglich deswegen unterbrochen wurden, weil sie die Gefahr in sich bargen, sich zu einem Staat im Staate zu entwickeln und anstelle eines Instrumentes des Kapitals zu diesem in einen Gegensatz geraten und im ungeeignetsten Moment zu explodieren drohen. Deswegen mußte einerseits der unfähige Reichskanzler beseitigt werden, andererseits den kapitalistischen Hilfstruppen ihre Abhängigkeit zum Bewußtsein gebracht werden. — Der Kurs wird fortgesetzt.

Es versteht sich beinahe am Rande, daß die Sozialdemokratie dem sich in einer ganz ausweglosen Krise windenden Kapital zur Seite springt, um auch offiziell die Verantwortung für die kommenden Drangsalierungen am Proletariat zu übernehmen. Sie läßt ja das Vaterland, — das Millionen von Proletariern den Hals zudrückt — bekanntlich nie im Stich. Die Sozialdemokratie ist darüber im klaren, daß angesichts der parlamentarischen Konstellation eine direkte Regierungsbeteiligung vielleicht gar nicht in Frage kommt, so gern sie das auch möchte. Aber die „Vorwärts" erklärt: „die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich für den Fall, der jetzt eingetreten ist, bereit erklärt, über die Bildung einer neuen Regierung zu verhandeln. Sie erkennt damit an, daß eine Partei, die am Sturz einer Regierung mitbeteiligt war, die Pflicht hat, sich auch um die Nachfolge zu kümmern. Die Sozialdemokratie hat die Pflicht, das parlamentarische System mit den Opfern die dazu notwendig sind, funktionsfähig zu erhalten."

Während in den Tiefen des kapitalistischen Hexensabats die Arbeiter zu Tausenden und Abertausenden gemordet werden von der Massenarbeitslosigkeit, hält die Sozialdemokratie das „parlamentarische System funktionsfähig." Damit ist die Rolle der Sozialdemokratie aufs neue von ihr selbst aufs klarste gezeichnet. Damit ist auch die Rolle der sogenannten „kommunistischen" Partei gezeichnet. Man hat geflissentlich dafür gesorgt, daß während die Krise sich immer tiefer in die Leiber der Arbeitermassen krallte, die Arbeiter auf dem durch das parlamentarische System abrollenden Film „Volksentscheid" stierten. Es ist davon schon mächtig still geworden, die Antwort ist darauf, an Stelle der Millionen für die Arbeitslosen, die man den Fürsten abjagen wollte, ein Abzug von den letzten Hungerpfennigen. Die Antwort ist darauf weiterer Lohndruck, weitere Massenentlassungen. Die Antwort ist darauf die offene Rebellion der Kapitalstruppen auf der Straße. Die weitere Antwort wird sein der Polizeiknüppel, Zuchthaus, Tote, Verwundete. Und die KPD. brüllt sich seit Wochen heiser nach der Reichstagsauflösung, um einen neuen Film, mit neuer Zugkraft zu haben, mit dem sie das Proletariat weiter ablenken kann. Ihre Angst, daß das parlamentarische System aufhören könnte, zu funktionieren, ist nicht minder groß, wie bei der SPD. Sie brüllt gegen die „Koalition" und sagt:

Kann eine Koalition auch nur den lächerlichen Flaggenstreit lösen, wo Zentrum und Demokraten grundsätzlich für Schwarz-weiß-rot und den Hindenburg-Brief eintreten? Kann die Koalition den Anschlag auf das Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiterschaft abwehren, wo Zentrum und Demokraten das neue Vereinsgesetz verfechten? Kann die Koalition die Fürstenentelgung durchführen, wo Zentrumsführer die Massen der Bescheinlichkeit zeihen und Demokraten für den Schutz des Privateigentums der Räuberfürsten sich stark machen? Kann die Koalition den Arbeitslosen die Existenz sichern, dem Elend der Kurzarbeiter steuern, wo der Vertrauensmann des Zentrums-Arbeitsministers der Unternehmer-Syndikus Meisinger ist? Und wie will eine Koalition die bestgemeinten Anfwertungsgesetze stützen? Will sie Luthers Vorstoß gegen den Volksentscheid zu einem Programmpunkt auch ihrer Politik machen?

Das alles kann „keine Koalition", aber das alles kann die KPD., wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen. Sie hat allerdings bis heute nicht ihre Narrenkappe von „Arbeiter- und Bauernregierung" hervorgeholt, anscheinend will sie damit der SPD. ihr Spiel nicht erschweren. Aber um die ganze Sinnlosigkeit einer Politik zu verstehen, die den revolutionären Ausweg nicht zeigt, gegen Koalition tobt, aber nur in der Phrase, die selbst im reformistischen Sinn keine andere Parole hat als „Reichstagsauflösung", eine Politik, der die offensichtliche Ohnmacht auf der Stirn geschrieben steht zu begreifen, heißt begreifen, daß Hindenburg und Stalin das „Wohl beider Länder" im Auge haben, sich gegenseitig helfen, ihre Schwierigkeiten zu überwinden. Der Köter der III. Internationale darf wohl knurren, aber nicht beißen, denn neben der Hütte liegt die Hundepeitsche.

In Polen hat die Krise bereits zu offener Entladung geführt, und die Sektion der III. Internationale ist zur Ahnmacht verurteilt, weil sie die Massen der Sozialdemokratie zutrieb. In England ist eine große Illusion, die Illusion „einheitlicher Gewerkschaftskampf" stinkend auseinandergelogen, und mühsam und durch tausend Entbehrungen müssen die Arbeiter um neue Erkenntnisse ringen, die Rußland mit tausend Mitteln zu verschütten sucht. In Deutschland ist die Luft gewitterschwanger — eine Situation gegeben, günstiger denn je zuvor, um aufzumarschieren zur entscheidenden Schlacht. — Doch das Proletariat ist durch die Gewerkschaften, durch die „Einheitsfronttaktik", durch die russische Außenpolitik an die Gewerkschaften und den Reformismus gekettet, und stiert auf das parlamentarische System, während der Boden unter den Füßen wankt und die Zeit nach der Tat schreit!

Der Zusammenbruch des englischen Massenstreiks

Wir haben von Anfang an auf den Widerspruch hingewiesen, der in dem äußeren Massencharakter des englischen Massenstreiks und in dessem Inhalt lag. Trotzdem feststand, daß die Herren Führer der Arbeiterpartei von Anfang an alles aufboten, um diesem Streik so schnell als möglich das Genick zu brechen, muß die Unverfrorenheit dieser Burschen dennoch überraschen. Wir lassen, um unseren Lesern ein Bild zu übermitteln über die Lage, die charakteristischsten Meldungen folgen:

Die Friedensbedingungen.

London, 12. Mai. (WTB.) Die von Sir Herbert Samuel, dem Vorsitzenden der Kohlenkommission, dem Generalrat des Gewerkschafts-Kongresses übersandte Denkschrift besagt: Erstens, die Verhandlungen über die Lage der Kohlenindustrie sollen wieder aufgenommen werden unter erneuter Gewährung der Subvention für eine angemessene Zeit, die für die Verhandlungen nötig ist; zweitens, Verhandlungen würden schwerlich erfolgreich sein, wenn kein Mittel gefunden wird, um Streitigkeiten in der Industrie nicht nur durch Verhandlungen zwischen Grubenbesitzern und Bergleuten allein zu regeln. Es soll daher ein nationales Lohnamt geschaffen werden, das Vertreter beider Parteien mit neutralen Beisitzern und einem unabhängigen Vorsitzenden einschließt. Die in dem Bericht der Kohlenkommission enthaltenen, darauf bezüglichen Vorschläge sollen schärfer gefaßt und die Machtbefugnisse des Lohnamts ausgedehnt werden. Drittens sollen die Parteien berechtigt sein, alte Punkte vorzubringen, die sie für wesentlich halten, und das Lohnamt soll solche Punkte in Erwägung ziehen. Viertens soll keine Revision der früheren Lohnsätze eintreten, wenn nicht gewichtige (!) Ursachen bestehen, daß die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reorganisation wirklich angenommen werden. Es soll ferner ein Ausschuß eingesetzt werden, in dem auch Vertreter der Bergleute sitzen, der mit der Regierung bei der Vorbereitung der erforderlichen gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen zusammenarbeiten soll. Der gleiche Ausschuß oder das nationale Lohnamt soll sich Sicherheit darüber verschaffen, daß die obigen Schritte nicht vernachlässigt oder ungehörig verzögert werden.

An der Denkschrift werden ferner eingehende Vorschläge für die Versorgung derjenigen Arbeiter gemacht, die infolge Schließung unwirtschaftlicher Bergbaubetriebe ihre Stelle verlieren.

Eine Botschaft des Generalrats.

London, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses hat eine Botschaft an alle angeschlossenen Gewerkschaften gerichtet, in der er zum Schluß sagt: „Die Gewerkschaften, welche so entschlossen und einig des Bergarbeitern zu Hilfe geeilt sind, können beruhigt darüber sein, daß eine ehrenhafte Verständigung gefunden worden ist. Der Generalrat übernimmt die Konsequenzen seines Beschlusses in dem Gefühl seiner Verantwortlichkeit nicht nur gegenüber den Gewerkschaften, sondern gegenüber der gesamten Nation. Der Generalrat hat den Kampf so zu führen versucht, wie industrielle Auseinandersetzungen von den britischen Gewerkschaften in der Vergangenheit stets geführt worden sind, nämlich ohne Gesetzwidrigkeit und ohne Gewalt. In dem Augenblick, wo der Generalrat die Schritte zur Beendigung des Kampfes unternimmt, gibt er seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die britische Gewerkschaftsbewegung in diesem Kampf ein Beispiel von Einheit und Solidarität gegeben hat, das in der Geschichte ohne Vorbild dasteht.

Eine Botschaft des Königs.

London, 12. Mai. (WTB.). Der König hat eine Botschaft erlassen, in der es heißt: Die Nation ist soeben durch eine Periode äußerster Sorge gegangen. Heute ist bekanntgeworden, daß der Generalstreik beendet ist. In einem solchen Augenblick ist es von höchster Wichtigkeit, mein ganzes Volk zusammenzubringen, um der schwierigen Lage, die bestehen bleibt, zu begegnen. Diese Aufgabe erfordert die Zusammenarbeit aller Tätigen und gutgesinnten Leute im Lande. Auch mit einer solchen Hilfe wird sie schwierig sein. Aber die Aufgabe wird nicht unmöglich sein. Laßt uns vergessen, was immer an Bitterkeit die Ereignisse der letzten Tage hervorgerufen haben sagen. Laßt uns nur darin denken, wie Ehre und Wohlfahrt dieses Landes, das in der vorherigen Prüfung geläutert ist und heilt uns sofort an die Aufgabe gehen, einen Friedenszustand zu bringen, der von Dauer ist. Die Botschaft schließt mit der Aufforderung, das Vergangene zu vergessen und in der hoffnungsvollen Stimmung eines geeinten Volkes in die Zukunft zu blicken.

15 Bergarbeiter zu Zwangsarbeit verurteilt.

WTB. London, 12. Mai. In Doncaster wurden fünfzehn Bergleute zu je drei Monaten Zwangsarbeit verurteilt, weil sie gemeinsam mit anderen ein Lastauto gewaltsam angehalten, schwer beschädigt, die darauf mitgeführten Waren auf der Straße herumgestreut und den Führer (Streikbrecher) mißhandelt hatten.

Die Enttäuschung der Massen.

London, 13. Mai. (Inprekorr.) Die Bergarbeiter stehen in offener Opposition zur Kapitulation des Generalrats. Der Generalrat hatte seinen Beschluß ohne Befragung der Bergleute gefaßt. Eine offizielle Erklärung der Bergarbeiter besagt, daß die Leitung des Bergarbeiterverbandes nach sorgfältiger Erwägung der Vorschlagsentwürfe, das heißt der Denkschrift von Sir Herbert Samuel, die der Generalrat als die besten erzielbaren Bedingungen erhältlich hat, ihre Vorschläge verwirft.

Die Leitung des Bergarbeiterverbandes verleiht dem Bedauern Ausdruck, daß bei der Behandlung der Vorschläge keine Beratung mit den offiziellen Vertretern der Bergarbeiterverbände stattfand, und erklärt, daß die ausschließliche Verantwortung für die Annahme der Vorschläge als geeignete Grundlage zur Abbrechung des Streiks auf den Generalrat fällt.

Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Cook, fügt in einem Interview hinzu, daß die ganze Bedeutung der Denkschrift Samuel im Lohnabbau für die Bergarbeiter bestehe, wogegen alle Arbeiter Verpflichtungen auf sich genommen haben. Cook sagt, daß die Leitung des Bergarbeiterverbandes alle Tatsachen der zu Freitag einberufenen, außerordentlichen Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter vorlegen und die Bergarbeiter nötigenfalls durch Urabstimmung entscheiden lassen wird. Er fügt hinzu, daß die Arbeitsruhe im Bergbau noch eine unbestimmte Zeit andauern kann.

Die Lage ist äußerst ernst. Der Generalrat hatte dem Druck der Drohungen der Regierung mit gesetzlichen Maßnahmen und mit bewaffneten Streitkräften sowie den Drohungen der Führer der Arbeiterpartei und Henderson, nachgegeben, die Gewerkschaften im Unterhause öffentlich zurückzuweisen, hat also die Bergarbeiter verlassen und die Solidarität der Arbeiterklasse gebrochen.

Die bereits eingangenden Berichte bekunden die verärgerte Aufnahme der Kapitulation durch die Arbeiter.

In Ostlondon demonstrierte in Poplar eine feindselig gestimmte Menge vor den Büros der Gewerkschaften und wurde von der Polizei zerstreut, wobei es vierzig Verletzte gab.

In Nordlondon beschlossen in Ilford die Gewerkschaften die Fortsetzung des Streiks.

In Hull beschlossen die Eisenbahner und Transportarbeiter, den Streik fortzusetzen.

Die Unternehmer im Zeitungsgewerbe weigern sich, die Arbeiter wiedereinzustellen, solange nicht Bürgschaften gegen die Wiederholung eines derartigen Streiks vorhanden sind, und bemühen sich, von den einzelnen Arbeitern schriftliche Reverse zu erzwingen, in denen das Recht aufgegeben wird, gegen irgend etwas zum Drucke Bestimmtes zu streiken."

•

Diese Bedingungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Gewerkschaften haben nach eigenem Eingeständnis die „Interessen der Nation" zu vertreten und das Interesse der Nation gebietet, den Bergbau konkurrenzunfähig zu machen, den Unternehmerprofit zu retten. Diese Rettung ist nur möglich durch Lohnreduktion, Verlängerung der Arbeitszeit usw. Kohle, Kapital und Gewerkschaften kennen also keine Parteien mehr, sie kennen nur noch Engländer. Die Arbeiter werden es sehr bald merken, was eine mit Machtbefugnissen und einem „unparteiischen Vorsitzenden" ausgestattete Lohnkommission für sie zu bedeuten hat. Die Arbeiter, die jetzt schon in die Zwangsarbeit wandern, spüren diese „Unparteilichkeit" bereits am eigenen Leibe. Nachdem der Generalrat der Gewerkschaften offiziell den Streik abblies, weil er sonst dem „Geist der Vergangenheit" nicht mehr entspräche, so sind die weiterstreikenden Bergarbeiter in jeder Beziehung vogelfrei, die Unternehmerwillkür wird sich erbarmungslos austoben.

Aber damit beginnt auch ein neuer Abschnitt in der englischen Gewerkschaftsbewegung. Wie hier, so werden die Gewerkschaften auch in der in England steigenden Krise immer offener auf Seiten des Kapitals gegen die Arbeiter stehen, und den Arbeitern die Augen öffnen über die Vergangenheit und die Gegenwart und Zukunft. Eine große Illusion wird begraben und auch für das deutsche Proletariat bekräftigt der englische Streik aufs neue: Die Kraft der Arbeiter liegt nur bei den Arbeitern, nur in den Betrieben, liegt nur in der Erkenntnis, daß ohne Macht kein Sieg mehr möglich, daß weiter das Proletariat diesen Machtkampf nur selbst mit der Waffe der Unionen, der Räte, gegen den kapitalistischen Staat und seine gewerkschaftlichen Stützen führen kann. Und wenn die Papageien der III. Internationale weiterhin der englischen Gewerkschaften als Vorbild hinzustellen suchen gegenüber den Deutschen, so zeigt die Rolle der englischen Gewerkschaften in diesem Streik, daß ihre wahre Rolle ein wahres Vorbild auch für die klassenverräterische Politik der deutschen Gewerkschaften ist. Aber auch in England braut der Morgen der revolutionären Arbeiterbewegung!

Politische Rundschau

Offener Bürgerkrieg in Polen

WTB. Berlin, 13. Mai. 12 Uhr 45 Minuten nachts. Von der polnischen Grenze erfahren wir aus zuverlässiger Quelle: Gestern nachmittag ist es in Warschau zum Ausbruch der Revolution und zu Straßenkämpfen gekommen. Es gab viele Tote und Verwundete. Pilsudskitruppen haben das Schloß, das Ministerpräsidium und das Ministerium des Äußern besetzt und sind auf dem Marsch nach dem Belvedere. Das Kabinett ist zurückgetreten."

•

WTB. Danzig, 13. Mai. Nach hier vorliegenden Berichten aus Polen ist Pilsudski in Warschau Herr der Lage. Dagegen haben sich die Provinzbehörden für Witos erklärt.

•

In Polen hatte der Junker Witos eine wahre Schreckensherrschaft aufgerichtet, doch konnte er trotz der überfüllten Gefängnisse, in denen Proletarier massenweise ausgerottet wurden, die steigende Krise nicht bannen. Seit Grabskis Sturz ist es in Polen, während die wirtschaftliche Krise sich immer mehr verschärfte, nicht mehr möglich gewesen, eine stabile Regierung zustandezubringen. An allen Ecken und Enden Unsicherheit, Unzufriedenheit, Hilflosigkeit. Seit einem Dreivierteljahr, seitdem, unaufhaltsam gleitend, der Zloty auf zwei-Drittel seines Wertes gesunken ist und die Ausgabe ungedeckter Noten daneben immer mehr zunehmen heißt, drehen sich alle parlamentarischen Kämpfe um die Budgetbalancierung. Hier ist der Gegensatz zwischen der nationalistischen Rechten und der demokratischen Linken. Während diese vor allem den Abbau der Ausgaben, namentlich der Rüstungsausgaben fordern, damit die Grundlage geschaffen werde, die zur Gewährung der zur Sanierung unentbehrlichen ausländischen Anleihe (sei es selbst um den Preis fremder Finanzkontrolle) führt, lautet das Finanzprogramm der rechtsstehenden Parteien ganz anders: keine Abstriche an dem militärischen Aufwand, überhaupt keine wesentliche Budgetverringerung, sondern Mehrbelastung der schon bis zum Unerträglichen belasteten Steuerzahler, Herabsetzung der Gehälter der Staatsangestellten und Verringerung der sozialen Leistungen, mit einem Worte Fütterung des militärischen Molochs auf Kosten der breiten Massen.

Der letzte Ausweg sollte die offene Diktatur sein, und diese Maßnahme brachte das Kleinbürgertum unter Führung Pilsudskis in Bewegung, dem man seine Zeitung verboten hatte. Die Lage ist vergleichbar mit dem Kapp-Putsch in Deutschland. Die polnische Sozialdemokratie soll zum Generalstreik aufgerufen haben.

Zustände in der KPD.

Ein Reichstagsmandat kostet 2000,— Mark. Wohin steuert die Gruppe Korsch-Schwarz.

In dem schon an anderer Stelle erwähnten Mitteilungsblatt der Katz-Gruppe ist auch folgende Notiz bemerkenswert:

„Der politische Chef der KPD. Dengel hat dem oppositionellen Genossen Schlagewert im Auftrage der Partei 2000 Mark angeboten, wenn er freiwillig sein Reichstagsmandat niederlege. Schlagewert hat selbstverständlich abgelehnt. Gibt es eine noch korruptere Partei als die — SPD. — Schlagewert wurde, wie die „Rote Fahne" meldet, daraufhin ausgeschlossen.

Ruth-Fischer-Scholem haben der Gruppe Korsch-Schwarz Verschmelzung angeboten, wenn sie sich von der Gruppe Katz trennen. Korsch hat daraufhin in Nr. 3 der „Kommunistischen Politik" zu der niederträchtigen Fälschung des sogenannten zweiten Magistratsbriefes die Erklärung abgegeben:

„Wir haben keinerlei Grund, bei der gegenwärtigen Führung der KPD., deren „Methoden der persönlichen Diskreditierung" gegenüber linksoppositionellen Genossen wir hinglänglich kennen, einen solchen Fälschungsakt für unmöglich zu halten. Aber auch das Dement von Katz erscheint aus in dieser Form als keine genügende Antwort auf eine so schwerwiegende Beschuldigung. Wir erwarten eine weitere Aufklärung der Angelegenheit."

Als Katz am 29. April im Beisein Korsch solche weitere Aufklärung anbot, platzte Korsch damit heraus, daß, wenn das auch erledigt sei, neue Punkte (zunächst, daß Katz regelmäßige Berichte an die völkische „Niederdeutsche Zeitung" einsende!!) aufgeklärt werden müßten. Solche schmierige Verleumdung hat sich bisher nicht einmal die KPD. geleistet. Die Trennung von uns und die Verschmelzung mit Ruth Fischer-Scholem soll also um jeden Preis erfolgen. Noch am gleichen Tage haben Korsch u. Co. die Verhandlungen mit Scholem aufgenommen. Gibt es eine korruptere Gruppe als die Gruppe — Ruth Fischer-Scholem?"

•

Der „Vorwärts" bringt aus diesem auch von uns an anderer Stelle veröffentlichten Material die Stellen, die ihn passen. Zusammen immerhin dreiviertel Spalten für die KPD. recht peinlicher Wahrheiten. „Die Rote Fahne" vom Mittwoch bringt daraf folgende „Antwort":

„Vorwärts" und Katz-„Wahrheiten."

„Der „Vorwärts" widmet in seiner Abendausgabe vom gestrigen Dienstag eine ganze Spalte dem verrückten Geschreibsel des Katz-„Mitteilungsblattes". In dem ganzen Geschmiere steht nur ein Satz, den auch der „Vorwärts" mit allen übrigen selbstverständlich, als reine Wahrheit bezeichnet, nämlich: „Gibt es eine korruptere Partei als die SPD.?"

Die Einschätzung der Mitglieder der KPD. durch die Zentrale ist also einigermaßen richtig. Denn wer den Satz, den die „Rote Fahne" für ein „Argument" gegen die SPD. aufgreift, im Zusammenhang liest, wird begreifen, warum sich der Fahnen-Witzbold mit einem Kahlauer begnügen mußte. Man müßte selbst, wenn die Zustände in der KPD. nicht bekannt wären, die „Antwort" der „Roten Fahne" als eine Bestätigung hinnehmen. Daß die KPD. eine solche „Verteidigung" gegenüber ihren eigenen Mitgliedern für genügend hält, ist — da gibt es nur einen Ausdruck — einfach grauenhaft!

•

Was die zweite Erklärung anbetrifft, so ist an den Publikationen der Korsch-Gruppe klar, daß ihr das Tun der Katz-Gruppe auf die Nerven fällt. Das Mitteilungsblatt der Korsch-Schwarz-Gruppe, daß sich „Kommunistische Politik" nennt, ist stets voll von albernen, gedeichselten, nichtssagenden und widerspruchsvollem Zeug. Die „Linie", die dort aufgezogen ist, die sich als echter „Leninismus" zu drapieren versucht, ist die Linie der unverfälschten „doppelten Buchführung". Die Leute reden von einem kapitalistischen Rußland und von einer „einheitlichen Weltpartei" in einem Atemzuge, und toben gegen die „Fahnenflüchtigen". Das dürfte wohl der Kernpunkt der ganzen Angelegenheit sein. Sie haben in keiner Frage eine Stellung, soweit sie eine haben ist es die: Rußland ist auf dem Wege zur Liquidierung der 3. Internationale und deren gesamten Bagage, und dies auf Grund seiner ökonomischen Entwicklung. Sie begreifen nicht, daß diese Entwicklung nicht 1925, sondern schon 1920, mindestens ganz klar 1921 sichtbar wurde. Jetzt kommen diese „Marxisten" her, und stellen sich als die großen Männer vor, die Geschichte machen, diese Entwicklung aufhalten möchten, damit die „Einheit der Weltpartei" nicht gefährdet wird. Da man nicht annehmen darf, daß die Gruppe Korsch-Schwarz im Ernst an solche Kindereien glaubt, bleibt keine andere Annahme als die, sie setzen von den Arbeitern, die sie gewinnen wollen, eine solche Beschränktheit voraus. Gegen die, die sich eigenes Denken bewahrt haben, ziehen sie mit ihrer Diplomatie, ihrer Intrigenpolitik, ihrer „Taktik" ins Feld. Wir erklären offen, diese Tatsache ist nicht abzuleugnen und klar ersichtlich, auch den „Fall Katz", für den wir gar keine Veranlassung haben, eine Lanze zu brechen. In diesem Falle jedoch scheint es, als daß die Gruppe Korsch-Schwarz nur Vorwände sucht, um eine prinzipielle Klärung zu verhindern. Und dazu ist zu sagen, eine tatkräftigere Hilfe für die Zentrale ist gar nicht denkbar.

Die Tätigkeit der Gruppe Korsch-Schwarz ist kein offener programmatischer Kampf um prinzipielle Klarheit um Grundsätze. Sie ist die alte Schieberpolitik, bei der die Arbeiter nur die Schafiguren darstellen, und diese Politik hat mit dem revolutionären Kampf des Proletariats nichts, gar nichts zu tun. Sie scheut das Licht, die personellen Träger halten sich stets im Dunkel, und ihre wahren Pläne bleiben stets zweifelhaft und sind nicht zu kontrollieren. Die Arbeiter können daran immer wieder sehen: Selbst ist der Mann, selbst müssen die Arbeiter hinausstreben über diesen dunklen Sumpf, um Anschluß an die Arbeiter der KAPD. zu gewinnen, die den Sumpf der Intrigenpolitik längst hinter sich gelassen haben, und auf dem freien Feld der proletarischen Revolution offen und klar ihre Fahne entrollen.

Der deutsch-russische Vertrag und die KPD.

Alles wußte davon, nur nicht die KPD.

Aus dem Mitteilungsblatt der Katz-Gruppe entnehmen wir folgenden Artikel:

Rußland und Deutschland.

I. Das am 24. April 1926 abgeschlossene Bündnis Stalins mit Hindenburg hat nicht nur einige naive reaktionäre Bürgerkreise überrascht, sondern weit mehr noch die Kommunistische Partei Deutschlands. Die KPD. war wie vor den Kopf gehauen.

Noch auf der Konferenz der kommunistischen Parteibeamten am 16. und 17. April instruierte Leutnant Dengel seine Unteroffiziere dahin, daß sich Deutschland völlig in die Front der Westmächte gegen Rußland eingereiht habe, und noch am 16. April veröffentlichte die KPD.-Presse unter der Ueberschrift „Was will Sowjetrußland?" (Nr. 17. April) die Schlußfolgerungen: Mit der Ablehnung (!) des Abschlusses eines Neutralitätsvertrages bestätigt sich, daß sich Deutschland verpflichtet hat, auf Befehl des unter englischer Herrschaft stehenden Völkerbundes an einem Kriege gegen Sowjetrußland teilzunehmen." „Weg mit der Luther-Regierung, die sich in den englischen Kriegsblock gegen Sowjetrußland eingereiht hat." Und nun stellt sich heraus, daß die Verhandlungen über das russisch-deutsche Bündnis bereits im Dezember 1924 begonnen haben, und daß der Bündnisvertrag bereits seit Anfang März 1926 zur Veröffentlichung fertig liegt. Hindenburg wußte davon, Chamberlain (siehe „Times" vom 9. April) wußte davon, alles wußte davon, nur nicht die KPD. Als Stöcker bei der Berichterstattung Stresemanns über Genf im Reichstag seine fulminante Rede gegen Völkerbund und Stresemann hielt und sich dabei als Vertreter Sowjetrußlands aufspielte, saß Stresemann die ganze Zeit dabei und lächelte . . .

Schlimmer konnte Moskau die KPD. nicht blobstellen.

In ihrem Vertrage vom 24. April betonen Hindenburg und Stalin, daß die deutsche und russische Regierung „von dem Wunsche geleitet sind, alles zu tun, was zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens beitragen kann", daß sie von den Erfordernis „einer gesicherten vertrauensvollen Zusammenarbeit" überzeugt seien, „in freundschaftlicher Fühlung mit einander bleiben" werden, „um über alle ihre beiden Länder gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen. . .

Da hat die KPD. ein ganzes Jahr lang auf Anordnung Moskaus belügen müssen: „Hindenburg ist der Kriegs-Kriegs-Kriegs-Minister mit der Regierung Luther-Stresemann!" „Hindenburg ist der Agent Englands". „Nicht die bürgerliche Luther-Regierung" „Das Proletariat muß mit Sowjetrußland das Bündnis schließen!" (NAZ. vom 17. 4. 26). „Und wenn man schließlich Sowjetrußland das Bündnis doch mit Luther-Stresemann. (Nieder!! Nieder!!) und Hindenburg (Hindenburg ist der Krieg!) und Krestinski unterschreibt in der Begleitnote noch einmal besonders, daß der Vertrag „wesentlich zu der Erhaltung des allgemeinen Friedens beitragen wird."

Die KPD. war wie vor den Kopf gehauen. Selbst die bravsten Schäfchen, die der Opposition auf Geheiß der Sekretäre sonst aus dem Wege gehen wie der fromme Christ dem Gottseibeiuns, vor dem der Pfarrer gewarnt, wurden an der Partei irre. Die Zentrale torkelte. Aber was sollte sie tun?! „Gegen Moskau aufmucken? Das hieße sofort brotlos werden. Schweigen? Das hieße, die Schäfchen gänzlich in Verwirrung kommen lassen. Also den Vertrag „kritisieren" und gegen — Stresemann aufmucken. Nachdem das Herz aus der Hose wieder zum Nabel hochgerutscht war, „erklärte" die KPD. am 27. April zu dem Bündnisvertrage Hindenburgs mit Stalin tapfer: „Wir lehnen es kategorisch ab, irgendwelchen Illusionen oder irgend eine andere Regierung des kapitalistischen Deutschlands zu einem ehrlichen Partner der Friedenspolitik der USSR. werden könnte." „Und gerade deshalb rufen wir auch in diesem Augenblick die Massen zum Kampf gegen die Regierung Luther-Stresemann bis zum Sturze dieser Regierung!" Wauwauwau! Wauwau!

Moskau lächelte und beantwortete das klägliche Gebell seines deutschen Hofhundes damit, daß es drei Tage nach dieser „Erklärung" Herrn Stresemann im Berliner Botschaftsgebäude ein Gastdiner gab, auf seine Gesundheit prostete und ihm zu einem Besuche nach Moskau lud. In wenigen Wochen fährt — die KPD. weiß das noch nicht — Stresemann nach Moskau, wo ihm ein rauschender Empfang mit schwarz-rot-gelben Fahnen vorbereitet wird.

So wird die KPD. von Moskau noch schmachvoller behandelt als von der SPD. Noch nie hat die russische kommunistische Partei die deutsche für „voll" angesehen. Nie gab es zwischen KPR. und KPD. ein Verhältnis kameradschaftlichen Miteinander, sondern immer nur das Verhältnis des „Arbeiterburschen. Die paar Deutschen, die in Moskau zur Mitarbeit zugelassen werden, haben auf den Lauf der Dinge in der Kominternzentrale genau den Einfluß, den heute in Deutschland ein Bezirksarzt auf die Exportpolitik seiner Firma hat. Man hört ihn gelegentlich an, aber tut, was man will. Aber genau auch wie der Betriebsrat eines deutschen Betriebes dann unsympathisch wird, wenn er für seinen „Brotherrn" revolutionäre Arbeitskollegen abbauen soll, so wird die „Deutsche Delegation beim Ekki" nur dann benützt, wenn ein Bannfluch zum Hinauswurf einer Opposition fabriziert werden soll.

Die einfachen Mitglieder der KPD. stehen in diesem Verhältnis wie hypnotisiert. Sie sind ehrliche Revolutionäre und sehen in Moskau noch immer den Bannerträger der Revolution von 1917. Ihr Verhältnis zu Moskau ist infolge solcher auf jahrelanger Massensuggestion beruhenden starrgewordenen Idee das der Gläubigen zu ihrem Gotte. „Was Moskau tut, ist wohlgetan." „Wir verstehen zwar nicht, was Moskau macht; aber da Moskau es macht, ist es richtig." „Moskau hat es gegeben, Moskau hat es genommen; der Name Moskaus sei gelobt." Das ehrliche KPD.-Mitglied beugt sich in Demut und heiliger Scheu. Je nachdem Moskau es befiehlt, ist Trotzki ein Held, ein Komödiant und wieder ein Held. Je nachdem Moskau befiehlt, ist Ruth Fischer eine zweite Rosa Luxemburg oder ein verkommenes Schwein. Je nachdem Moskau befiehlt, ist Rußland in breitem Marsche zum Kommunismus und jeder, der behauptet, Rußland mache dem Kapitalismus Konzessionen, ein Antibolschewist, und dann wieder in vollem Marsche zur „Entfaltung der Privatinitiative" durch die Kredite an die Privatkapitalisten, Börse und Nep und jeder, der sagt, das sei aber doch kein Kommunismus, ein Antibolschewist. Wenn in Deutschland ein Kapitalist das Taylorsystem einführt, ist er ein Blutsauger; wenn das frühkapitalistische Rußland das tut, so ist das eine höhere Betriebsform. Ueber die Rationalisierungsbestrebungen der deutschen Industrie und ihrer gelben Amsterdamer Gewerkschaften muß die KPD.-Presse toben, die Rationalisierung in der russischen Industrie wird als Sozialismus gelobt. In Rußland ist eben alles gut: das steigende Erwerbslosenheer wie die Wirtschaftskrise, der wachsende Einfluß der Wucherbauern wie die Trapöbrüche und Maßregelung oppositioneller Arbeiter in Leningrad. „Wir verstehen zwar nicht, was Moskau macht; aber da Moskau es macht, ist es wolgetan." Es ist gerade, als ob ein Teil des deutschen Proletariats, der den demütigen Glauben an einen Gott als Schwindel durchschaut und tapfer abgestreift hat, gar nicht schnell genug sich einen neuen Gott schaffen könnte.

Während die einfachen deutschen Gläubigen noch ehrlich an ihrem Gotte Moskau hängen und sich für ihn einsperren und totschießen lassen, wie je ein christlicher Gläubiger für den Nasenbein des Hl. Thomas oder die heilige Vorhaut Christi, hat die Klasse der deutschen kommunistischen Parteiangestellten zu Moskau ein realeres Verhältnis.

Sie sind gleichsam die Agoras, die Priesterkasse. Sie wissen genau, daß alles Schwindel ist, aber ihr Gewerbe verbietet es auszusprechen. Unter vier Augen gibt es kaum einen KPD.-Angestellten, sicherlich kein Zentralemitglied, das nicht genau so denkt wie wir. Aber Rußland gibt das Geld, das ihnen ein glänzendes Leben ermöglicht, und verlangt dafür unbedingten Gehorsam. Wer nicht parliert, fliegt. Eine Zentrale, die einmal eine auch nur etwas abweichende Meinung zu bekunden wagt, wird durch Intrige, Drohung und Korruption sofort erstickt. Als auf dem letzten Parteitage der KPD. Moskaus Vertreter mit einem personellen Antrage (Aufnahme des rechten Schumann in die Zentrale) nicht durchdrang, sperrte Moskau sofort die Gelder. Der Parteiapparat war völlig gelähmt. Alles schlotterte vor Angst. Bittprozession auf Bittprozession wallfahrte nach Moskau. Aber Moskau bestand darauf, die Zentrale muß zur Strafe ihre eigene Vorsitzende als Opfer ausliefern. Und die Hunde der Zentrale kuschten. Sie lieferten ihre Führerin aus, die sie vier Wochen vorher wie eine Königin umjubelt hatten. Als das geschah, kam Moskau wieder Geld.

Man muß erlebt haben, mit welch jämmerlicher Deklamung, Angst und Kriecherei die Mitglieder einer hohen deutschen Zentrale in Moskau sich zu bewegen pflegen. Ganz routiniert, wie die Fischer, versuchen es mit speichelleckerischer „Diplomatie". Die andern aber stehen wie Schüler, die ihre Aufgabe schlecht gemacht haben, vor dem Rohrstock des Lehrers. Hündisch demütig lassen sie jede Strafe und Bedingung sich auferlegen. Man stelle sich nur einmal vor, daß die deutsche kommunistische Partei einen russischen Genossen in Berlin festhielte! Daß aber Moskau immer noch monatelang deutsche Genossen gefangen hält wie jetzt wieder Ruth Fischer (mit der wir selber abrechnen möchten), das hält jeder brave KPD.-Mann für die Selbstverständlichste auf der Welt. Ist das nicht grauenhaft?! Muß man da nicht die KPD. zur Besinnung rütteln und schütteln?! Von internationaler Solidarität ist zwischen KPR. und KPD. nicht zu spüren. Die Gleichberechtigung der Sektionen in der Komintern ist eine Fiktion. Moskau ist der Herr und, ob Stöcker oder seiner Hunde, alles

Daß es zu dieser schmachvollen „Rolle der Partei" kommen konnte, liegt daran, daß die KPD. aus eigenem nichts ist. Der Parteiapparat besteht ausschließlich durch das Moskauer Geld. Bliebe das Geld aus, liegt die deutsche Partei auseinander. Hätte man, wie es alle Einsichtigen oft und oft forderten, die KPD. finanziell auf eigene Füße gestellt, sie wäre heute noch eine revolutionäre Partei. Jedenfalls hätte Moskau sie dann einigermaßen so höflich behandelt wie die bürgerliche Presse, der Moskau von seinen Plänen Kenntnis gibt. Niemals teilte Moskau bevorstehende Maßnahmen der russischen Innen- und Außenpolitik der KPD. mit. Sie erfuhr alles erst aus der bürgerlichen Presse. Und so kam es, daß die KPD. offiziell noch gegen Stresemann als Agenten der Westmächte bellte, als Stresemann mit Krestinski den Ostvertrag schon fertig hatte.

(Schluß folgt!)

Die Rationalisierung in Rußland

II.

Die „sozialistische" Industrie und die Arbeiterschaft.

Die „Faulheit" der russischen Arbeiter und ihre Ursachen.

Auch in Rußland ist das Mittel zur Krisenüberwindung die „Rationalisierung". Eine „sozialistische" Planwirtschaft — wie sie heute in Rußland sein soll — müßte sich vom kapitalistischen Wirtschaftssystem gerade dadurch unterscheiden, daß sie rationell ist. Warum dann der Ruf nach der Rationalisierung? Die Bolschewiki behaupten, daß die gegenwärtige russische Krise eine „Wachstumskrise" der „sozialistischen" Industrie ist. Demgegenüber weisen aber alle Momente der Krise, ihre Ursachen und Begleiterscheinungen, auf ihren typisch kapitalistischen Charakter hin. Eine andere Frage ist es, ob diese kapitalistische Krise zum Wachstum der — staatskapitalistischen Industrie führt.

Das Rationalisierungsprogramm bedeutet damit Steigerung der Arbeitsintensität und der Ausbeutung der Arbeiterschaft. Im I. Teil haben wir schon einen Auszug aus einer Rede Stalins gebracht, in der er das aussprricht. Er kritisiert die „Faulheit" der Arbeiter. Sie lassen sogar, wie Stalin dabei erwähnt, ungehindert Staatseigentum stehlen und betrachten die Diebe noch dazu als Helden. Diese Stellung der russischen Arbeiterschaft zur „sozialistischen" Industrie muß geändert werden, wenn die Rationalisierung durchgeführt werden soll. Die Arbeiter müssen die Entfaltung der Industrie als Entwicklung zum Sozialismus, als in ihrem eigenen Interesse gelegen betrachten und sie nach allen Kräften fördern. Interessant ist es darum, das jetzige Verhältnis der russischen Arbeiterklasse zur staatlichen Industrie zu sehen und damit die Ursachen der „Faulheit" zu ergründen.

Die Berichte der Industriearbeiter und die Wirklichkeit.

Die Arbeiterdelegation berichtete davon, daß die Arbeiterklasse in Rußland die Macht habe heute. Alle Maßnahmen der Sowjetregierung erfolgen nach ihren Berichten zum Zweck des kulturellen Aufstiegs der Arbeiterschaft. Daher muß es unbegreiflich sein, wie die russischen Arbeiter trotzdem der Entwicklung „ihrer" Industrie uninteressiert gegenüber stehen. Inzwischen bringt auch die offizielle Sowjetpresse soviel Material über die soziale Lage der russischen Arbeiterklasse, daß sich daraus sehr wohl ihre „Faulheit" erklären läßt.

Die „Prawda" schreibt über die Arbeitslöhne der Eisenbahner in Nr. 59 vom 12. März 1926:

„Auf dem Kongreß der Eisenbahner der Sowjetunion machte der Kommunist Andrejew Angaben über den gegenwärtigen Arbeitslohn der Eisenbahner. Nach seinen Angaben beträgt der Durchschnittslohn jetzt monatlich 30 Rubel. 16 Kopeken, das würde 73 bis 75 v. H. des Vorkriegslohnes entsprechen."

Daß diese Löhne durchaus nicht zu hoch gegriffen sind, zeigt folgender im „Trud" Nr. 64 vom 20. März 1926 gemeldeter Fall:

„Auf der Station Grebenka arbeiten 16 Transportarbeiter, Mitglieder des Transportarbeiterverbandes. Sie arbeiten bereits eine Zeit ohne Kollektivvertrag. Die Verbandsleitung hat die ganze Zeit über versprochen, einen Vertrag abzuschließen, aber bisher ist aus unerklärlichen Gründen der Vertrag nicht abgeschlossen worden. Der Arbeitslohn beträgt 17 Rubel im Monat, wobei es weder Angebinde noch Urlaub gibt. Arbeitskleidung haben die Arbeiter im Laufe der drei Jahre nicht zu sehen bekommen. Unterstützungen aus der Krankenkasse für die Zeit der Krankheit werden nicht gezahlt. Ein Arbeiter hat sich die Hand gebrochen und kann schon drei Monate nicht arbeiten, hat aber weder aus der Kasse noch aus dem Verbande eine Unterstützung erhalten. Bezüglich dieses Arbeiters findet bereits drei Monate lang ein Briefwechsel statt, der ihm fürs erste die Nahrung und Heilbehandlung ersetzt."

Ein Transportarbeiter beklagt sich in einem Brief wörtlich:

„In der Baumwollspinnerei des Orchowo-Sujewoschen Trustes zwingt man die Arbeiter, Ueberstunden, Fruchten zu schlagen, deren Gewicht noch nicht feststeht, oder das Normale übertritt. Die Arbeiter haben sich auf Grund des abgeschlossenen Kollektivvertrages zuweilen, unter diesen Umständen Arbeit zu leisten. Sie haben ihre Klage dem Fabrikkomitee (Betriebsrat) eingereicht, aber die Verwaltung ist ihnen zuvorgekommen und hat den Einwegmeister mit dem Fabrikkomitee den Beschluß gefaßt, sie zu entlassen. Die Arbeiterkontrollkommission und der Gewerkschaftsverband haben sich für die Arbeiter nicht eingesetzt. Die Arbeitsinspektion des Moskauer Sowjets hat die Sache dem Gericht überwiesen. Am 16. Februar hat das Gericht entschieden, daß die entlassenen Transportarbeiter wieder eingestellt werden. Die Verwaltung hat aber den Gerichtsbeschluß nicht zur Ausführung gebracht und die sieben entlassenen Arbeiter zurückgenommen." („Trud" Nr. 49 vom 28. Februar.)

Die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze.

Ueber die wirkliche Durchführung der von der Arbeiterdelegation so ausführlich geschilderten Arbeiterschutzgesetze berichtet Kuschnarew auf dem Kongreß der Moskauer Gewerkschaftsverbände:

„Die Arbeitsinspektion (Abteilung für Arbeitsschutz) hat die Tätigkeit erweitert. Mehr als 14 000 Unternehmungen wurden von ihr besucht und vorgehommen worden. Entdeckt wurden 37 000 verschiedene Verstöße gegen die Normen des Arbeitsschutzes. An Unfällen wurden in den Betrieben im vorigen Jahre mehr als 25 000 registriert. Gegen 50 v. H. der Unfälle erfolgten wegen der schlechten technischen Einrichtung der Betriebe sowie wegen Nichterfüllung der geltenden Gesetze über die technische Sicherheit durch die Wirtschafter. Zur Bekämpfung der Unfälle sind eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden." („Trud" Nr. 49 vom 28. Februar 1926.)

Stalin hält es für notwendig, diese Wirtschafter folgendermaßen in Schutz zu nehmen:

„Viele finden es häufig für notwendig, die Wirtschafter zu peitschen, indem sie sie aller möglichen Todsünden beschuldigen. Auf diese schlechte Angewohnheit muß man verzichten. Genossen, ein für allemal. Man muß es verstehen, daß die Aufgabe der Industrialisierung unseres Landes und der Förderung neuer Kaders von Bauleitern der Industrie nicht eine Geißelung der Wirtschafter erfordert, sondern im Gegenteil deren allseitige Unterstützung beim Aufbauen unserer Industrie. Die Wirtschafter mit einer Atmosphäre von Vertrauen und Unterstützung zu umgeben, ihnen bei der Bildung neuer Kaders von Bauleitern der Industrie zu helfen, die Stelle eines Baumeisters der Industrie zu einer Ehrenstelle des so-

„Wege der Liebe"

Von A. Kollontay.

(Fortsetzung von Nr. 37.)

„Er verließ sie und sie ging den ganzen Tag wie unter einer Last herum. Liebte er sie wirklich nicht mehr? Soll sie gehen? Aber am Abend kam ihr Mann unerwartet früh zurück. Er war nüchtern, voll Schuldbewußtsein, empfindlich. Sie verbrachten den ganzen Abend, und wieder war ihr leichter ums Herz.

Sie verstand es — es ist die Gesellschaft, man kann sich schwer zurückziehen. Das Geld ist leicht verdient, und man kann nicht ausschließlich Kaviar essen. Er erzählte ihr viel von den „Nepmännern", ihren Frauen, von den Animiermädchen . . . Und wie man Geschäfte macht, wie schwer es für das Proletariat ist, diese „Haifische" aufzuspüren.

Das alles machte sie traurig, so traurig, wie sie während der ganzen Revolution nicht gewesen war.

In diesen Tagen erfuhr sie, daß die „Kürzung des Etats" auch sie betraf. Sie erschrak.

Sie teilte es ihrem Mann mit aber er blieb kühl dabei. Er fand, es sei besser so. Sie würde öfter zu Hause sein, und die Wirtschaft würde besser geführt.

„Wie sieht denn unsere Wohnung aus . . . Man kann ja keinen anständigen Gast empfangen." Sie wunderte sich über seine Art, versuchte zu widersprechen.

„Das ist Deine Sache, ich hindere Dich nicht. Willst Du, so arbeite weiter." Und er ging.

Es schmerzte sie, daß ihr Mann sie nicht verstand, als sie er beleidigt. Doch hasobhol sie hatte keine Sache nicht aufzugeben. Sie nahm den Kampf mit Kameraden streitig, versuchte zu beweisen, und wirklich, die Entlassung wurde hinausgeschoben. Aber ein Unglück kommt selten allein. Kaum hatte sie sich über die Entlassung beruhigt, da wurde ihr Töchterchen krank.

„Ich sitze neben dem kranken Kind, mir ist so einsam, Unruhe quält mich, es klingelt. Ich gehe meinem Manne zu öffnen, froh daß er wieder da ist. Ich denke, ich werde ihm alles sagen können. Hoffnungsfroh ist er nüchtern! . . . Ich öffne die Türe und kann es nicht fassen . . . Wer ist denn mit ihm? Ein junges Frauenzimmer, rot geschminkt und angetrunken. . . „Laß uns bereln, Frau!" sagt er. „Ich habe eine kleine Freundin mitgebracht . . . Laß es gut sein! . . . Ich bin nicht schlechter als die andern! Wir wollen uns amüsieren! Störe uns nicht! . . ." Ich sehe, er ist betrunken, er kann sich kaum auf den Füßen halten. Mir zittern die Knie. Ich bin ja in ein Spelunkenhaus, wo mein Mann gewöhnlich zu schlafen pflegte und eilte zum Kind. . . Ich schloß mich ein. Da saß ich und wußte nicht, wo mir mein Kopf stand. Ich war nicht einmal böse auf ihn. Was kann man von einem Betrunkenen verlangen? Und doch, es war so schmerzlich . . . Da hat hörte man alles, was im Nebenzimmer geschah. . . Ich hätte mir die Ohren zuhalten mögen, aber ich hatte ja meine Not mit dem Kinde . . . Zum Glück wurden sie bald ruhig, sie waren beide so betrunken . . . gegen Morgen ließ mein Mann sie heraus und legte sich wieder schlafen, ich aber bin bis zum Morgen sitzen geblieben . . . Ich habe nur gedacht und gedacht . . .

Am Abend kam mein Mann wieder früher nach Hause. Wir hatten uns den ganzen Tag über nicht gesehen. . . Ich empfing ihn sehr kühl, sah nicht auf. Er kramte in seinen Papieren herum. Wir schwiegen beide. . . Ich hab wieder, ich merkte, daß er mich beobachtete. Ich dachte: „Laß ihn! . . . Wahrscheinlich wird er jetzt seine Schuld zugeben, mich um Verzeihung bitten und das alte Leben wieder beginnen! . . . Aber ich werde es nicht mehr dulden! Ich werde fortgehen! Und dabei tat mir das Herz so weh! . . . Ich habe ihn doch geliebt und liebte ihn noch. . . Warum es verbergen? Ich liebe ihn auch jetzt noch, nur ist jetzt alles aus, als wär er tot. Aber damals? . . . Damals war mein Gefüh

zialistischen Aufbaues zu gestalten, das ist die Richtung, in der jetzt unsere Parteiorganisationen arbeiten müssen." („Im Prokorr" Nr. 62 vom 23. April.)

Das heißt mit anderen Worten, ihnen weitgehendst freie Hand bei der Ausbeutung der Arbeiter zu lassen, alles im Interesse des sozialistischen Aufbaues.

Der Achtstundentag.

Auch die Durchführung des gesetzlichen Achtstundentages läßt viel zu wünschen übrig. Von den vielen Uebertretungen selbst seitens der Organe des „sozialistischen" Staates wollen wir zwei drastische Beispiele herausgreifen. „Trud" Nr. 59 vom 12. März 1926 veröffentlicht einen Brief über die Zustände im ersten Sowjetkrankenhaus in Jurgew-Polski im Gouvernement Iwanowo-Wossnessensk, worin es wörtlich heißt:

„Die Waschfrauen des ersten Sowjetkrankenhauses haben sich an die Abteilung für die Erhaltung der Volksgesundheit mit einer Klage über den 10- und 12-stündigen Arbeitstag und über die schweren Arbeitsbedingungen gewandt. Für die Arbeit über die acht Stunden hinaus erhalten die Waschfrauen nicht einmal eine Bezahlung. Die Waschküche ist sehr schlecht, im Boden klaffen die Bretter auseinander und infolgedessen zieht es an den Beinen. Die Fensterscheiben sind durchweg ausgeschlagen und mit Lumpen, Stroh und Holzscheiten verstopft. Gewaschen werden muß dicht an den Fenstern, weil im Innern der Waschküche stets Halbdunkel herrscht. Der Wind bläst Schnee durchs Fenster und weht auf die heißen Hände der Waschfrauen, die infolgedessen häufig über Schmerzen in den Händen klagen. Infolge Uebermüdung und Erkältung sind bei den Waschfrauen die Hände geschwollen und zeigen Geschwüre."

Nach der Schilderung der ergebnislosen Bemühungen zur Abhilfe heißt es zum Schluß:

„Auch an die Arbeiterkontrollkommission haben sich die Waschfrauen gewandt, aber diese Kommission pflegt sich in „Urlaubslisten" bedeutende Verletzungen der Arbeitsgesetzgebung zu beobachten sind. Es werden Ueberstunden geleistet, und die Arbeiter, die nach anderen Betrieben versetzt werden, werden nicht bezahlt usw. In Kiew werden Arbeitskarten, die vom Schuld der Arbeiter erfolgen, aber auch ohne Schuld der Betriebe (z. B. Versagen des elektrischen Stromes), nicht bezahlt, und die Arbeit an Feiertagen wird nicht bezahlt."

Das Zentralkomitee hat die örtlichen Organisationen aufgefordert, einen energischen Kampf gegen die Ueberstunden zu führen und volle Lohnauszahlung für die Arbeit an Feiertagen und Versetzung der Arbeiter in andere Betriebe durchzudrücken."

Die Arbeiter und die Sowjetorgane.

Diese soziale Lage der russischen Arbeiterklasse führt dazu, daß sie sich gegenüber den Maßnahmen der Sowjetbürokratie passiv verhält. Das kommt deutlich bei der Neuwahl der 2. Staatlichen Tabakfabrik „Fr. Engels" zum Ausdruck:

„In unserer Fabrik werden 600 Arbeiter beschäftigt, unter ihnen sind die Frauen 60 v. H. aus. Schon lange vor den Betriebsratswahlen sprachen die Arbeiter in den einzelnen Abteilungen davon, daß die Tätigkeit des Fabrikkomitees in vielen Hinsichten viel zu wünschen übrig läßt, der Arbeitsamt schlecht versorgt, die Kulturkommission arbeite schlecht, über die Eröffnung einer Speisehalle spreche man bereits seit drei Jahren, jedoch sei in dieser Angelegenheit noch nichts unternommen, die Kinderkrippe werde bald geschlossen werden usw. usw. Man sprach auch über den Vorsitzenden des Fabrikkomitees. Er wäre allerdings ein Mann aus den eigenen Fabrikkreisen, da er jedoch schon drei Jahre ununterbrochen Vorsitzender wäre, fühle er sich zu sicher und überhebe sich, es wäre an der Zeit ihn abzusetzen.

In der Wahlversammlung hat man zwar recht einmütig den Fabrikdirektor und den Sekretär der Zelle in den Vorstand gewählt. Die Arbeit des Fabrikkomitees wurde sehr schlechtern und schwach kritisiert.

Nachdem jedoch der Direktor während der Diskussion eine donnernde Verteidigungsrede zugunsten des Fabrikkomitees gehalten hatte, verstummte auch die schlichternste Kritik, und man lästerte sich zu: „Jetzt aber aufgepaßt, nicht opponieren, sonst könnte man entlassen oder in eine niedrigerere Lohnstufe versetzt werden." Und — selbstverständlich wurde der alte Vorsitzende wieder gewählt, und für all die anderen wurde auch so gestimmt, wie es sich gehört. Auf dem Heimwege wurde allerdings viel geschimpft, und man ereiferte sich, jedoch dies alles führte zu nichts."

Die russischen Arbeiter sind entläuscht und niedergeschlagen. Sie sehen nichts vom Sozialismus oder auch nur von Anfängen sozialistischen Werdens. Selbst Rykow gibt das in einer Rede vor den Funktionären einer Moskauer Bezirksorganisation zu:

„Zu meinem Bedauern habe ich in keiner einzigen Arbeiterversammlung das Empfinden gehabt, daß die Arbeiterklasse wirklich fühlt, daß sie den Moment erlebt hat, indem die ersten Grundsteine der neuen, sozialistischen Gesellschaft gesetzt werden." („Vor neuen Aufgaben", S. 42.)

Gewerkschaftsmitgliedschaft — eine unerwünschte Mehrbelastung.

Trotzdem die im Produktionsprozeß stehenden russischen Arbeiter fast ausschließlich den Gewerkschaften angehören, nehmen sie am gewerkschaftlichen Leben wenig Anteil. Die Beteiligung an Gewerkschaftswahlen ist sehr gering. Sie sind nur Gewerkschaftsmitglieder, weil sie sonst keine Arbeitsmöglichkeit erhalten oder entlassen werden. Deshalb ist die Beitragszahlung sehr unpünktlich und mangelhaft. Sie wird bei dem geringen Verdienst als unerwünschte Extrabelastung angesehen. So berichtet z. B. die Moskauer „Prawda" Nr. 54 vom 6. März 1926 von der Fabrik „Krassnoje Snamja" (Rotes Banner) in Petersburg, daß die Mitgliedsbeiträge für die Gewerkschaften von einem großen Teil der Arbeiter nicht entrichtet wurden:

„In der genannten Fabrik haben etwa 35 v. H. der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht ihren Beitrag entrichtet. Es ist vorgekommen, daß die Arbeiter für die Zeit von fünf Monaten mit ihren Gewerkschaftsbeiträgen rückständig sind. Ueber die Gründe der nicht rechtzeitigen Bezahlung der Mitgliedsbeiträge heißt es: „Der erste Grund ist die große Verschuldung der Arbeiter. Nicht selten ist der Fall, daß eine Arbeiterin bei der Lohnauszahlung nur noch einen Rest von 2 bis 3 Rubeln ausgehändigt bekommt. Für solch eine Arbeiterin ist es natürlich schwer, den Mitgliedsbeitrag zu bezahlen, und wenn sie ihn für einen Monat nicht bezahlt hat, so ist es natürlich schwer, ihn dann für zwei Monate auf einmal zu zahlen. Es ist eine bekannte Sache, daß, wenn man am Lohntage nicht das Geld erhält, am Tage darauf nichts erhalten kann, da nur die augenblicke Erinnerung an die Lohnzahlung verblieben ist."

Diktatur des Proletariats?

Alle diese Einzelheiten, die das wirkliche Leben der russischen Arbeiterklasse, ihr Verhältnis zu den staatlichen Betriebsleitungen, den Betriebsräten und Gewerkschaften, widerspiegeln, müssen jedem revolutionären Arbeiter die Frage vorlegen: ist das eine „Diktatur des Proletariats, wenn das Proletariat selbst alle Maßnahmen der Organe des „proletarischen Staates" resigniert und gleichgültig über sich ergehen läßt? Die Schlußfolgerung liegt dabei nahe, daß die „Sowjets", die formell ausführenden Organe der Arbeiterklasse sein sollen, über das Proletariat diktieren. Der Terror dieser Sowjetbürokratie, die vorhandene furchtbare Geißel der Arbeitslosigkeit lassen die Arbeiter sich in ihr Geschick fügen. Daraus folgt dann logisch, daß sie sich durchaus nicht mit dem Wohle der staatlichen Betriebe verbunden fühlen.

Die Bauernschaft ist die ökonomisch und somit auch politisch ausschlaggebende Klasse. Die Bolschewiki, die Staatsbürokratie, können nur herrschen als Vollstrecker derer Interessen. Die heutige Krise läßt die Bolschewiki drakonische Maßnahmen treffen. Die Staatsindustrie kann die Bedürfnisse der „Volkswirtschaft", d. h. der Bauern, nicht befriedigen. Die mangelhafte technische Ausrüstung, das Fehlen von Betriebskapital, die mangelnde „Arbeitsdisziplin", die bürokratische Organisation der Produktion und Verteilung vertreuern die Industrieprodukte ungeheuer. Also Rationalisierung!

Die Sowjetbourgeoisie versucht nun den russischen Arbeitern die Rationalisierung, die verschärfte Ausbeutung, schmackhaft zu machen und ihr „Faulheit" ausreden. Mit den Schlagworten von der „Industrie als Grundlage des Sozialismus" und der „sozialistischen Akkumulation" versucht man, auch die ausländischen Proletarier für die russische Staatspolitik zu interessieren. Die wirkliche soziale Lage der russischen Arbeiter im Staate und in der „sozialistischen" Industrie zeigt schon diesen Unsinn.

Auf den Charakter der Krise in Verbindung mit den Ursachen der Arbeitslosigkeit, sowie auf den Blödsinn der „sozialistischen Akkumulation" kommen wir noch später zu sprechen.

Einheitsfrontbriefe „wuchtige Kundgebungen"

Die KPD. hatte zum 16. Mai „wuchtige Kundgebungen" geplant, und zwar gegen die Demonstrationen der monarchistischen Verbände, die am 16. Mai für ihren Kaiser demonstrierten. Damit die Wucht möglichst groß wird, wandte sich die KPD. auch an die SPD. und das Reichsbanner. Diese jedoch lehnten dankend ab, und so verlor die ganze Geschichte schon wesentlich an Wucht. Daraufhin wurde der Rest von Wucht für den anderen Tag aufgespart. Die Demonstration der Monarchisten bleibt erlaubt.

Wie stehen zerknirscht vor diesen unglaublichen Tatsachen. Die kapitalistische Regierung macht langsam einen Strich durch die Rechnung des Volksentscheids-Rummels, und nun will die KPD. mit der SPD. und dem Reichsbanner einfach Revolution machen. Wer konnte auch eine solche Niederträchtigkeit der SPD. voraussehen, die jetzt nicht mehr mit der KPD. an einem Strick ziehen will. Es ist also nicht die Schuld der KPD., wenn die ganze Sache sich als Schwindel entpuppt, die SPD. macht nicht mit, — wer konnte denn dies vorher wissen.

Serrati †

Aus Rom kommt die Meldung, daß Serrati, der langjährige frühere Chefredakteur des „Avanti" gestorben ist. Serrati spielte in der Hauptsache eine Rolle in der Frage des Anschlusses der italienischen Partei an die III. Internationale. Das scheinbar aggressive Auftreten der III. Internationale gegen Amsterdam, die Gründung der „Roten Gewerkschaftsinternationale" usw. machten ihn rebellisch und er solidarisierte sich 1922 mit der damaligen KAG. (Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft) unter Führung Paul Levi. Als er sich überzeugte, daß Rußland von dem scheinbar noch revolutionären Wege abwich und sich der II. Internationale zu nähern begann, trat er für den Anschluß an die III. Internationale ein, mit der er umsomehr verwuchs, je mehr die III. Internationale das Steuer nach rechts herumwarf. Er starb, nachdem die III. Internationale das Programm Serratis fest angenommen hatte: die „Rote Gewerkschaftsinternationale" zu liquidieren und die Einheit mit der Sozialdemokratie wieder herzustellen. Die „Rote Fahne" feiert ihn als begeisterten Anhänger der III. Internationale, ihn, der sein Leben lang Sozialdemokrat geblieben ist.

Die Geißel der Arbeitslosigkeit

Aus Forst schreibt man uns: Das „neutrale" „Forster Tageblatt" in seiner Nr. 102 vom 2. 5. 26 schreibt:

„Die Zahl der Arbeitsuchenden ist demzufolge ständig im Steigen betroffen. Sie beträgt zurzeit rund 5000. Von einigen Hundert Textilbetrieben arbeitet nur ein ganz geringer Prozentsatz noch voll. Die allermeisten Betriebe arbeiten mehr oder weniger verkürzt. Die abstürzende Kurve in der Beschäftigung der hiesigen Industrie scheint den tiefsten Punkt noch nicht erreicht zu haben. Für Mai ist die Stillegung weiterer Betriebe und die damit verbundene Arbeiterentlassung bereits angezeigt."

Diese Tatsache, trotzdem jetzt, im Frühjahr, eine Reihe von Arbeitsuchenden auf dem Lande unterkommt! Auf Arbeiterdeutsch ausgedrückt, heißt das mit anderen Worten: ein schwaches Drittel der Arbeiterschaft arbeitet voll, ein reichliches Drittel arbeitet verkürzt, und ein ebenfalls reichliches Drittel ist voll — arbeitslos. Hier, in Forst, wie überhaupt in der Tuchindustrie der Lausitz, zeigen sich am schroffsten die zeitwirtschaftlichen Beziehungen. — Der Absatzmarkt ist für die Tuchindustrie zum größten Teil versperrt, teils durch die Konkurrenz anderer europäischer Tuch-Export-Länder, zum größten Teil aber dadurch, daß die mit den europäischen Tuchen beglückten Importländer sich den Kreuzel selbst herstellen und sich dabei die Zwischenländerspesen und die Schiffsfrachten um den halben Erdball herum ersparen, da da sie zum größten Teil die Rohstoffe — Baumwolle — im eigenen Lande gewinnen.

Für die Arbeiter ist dies aber eine furchtbar ernste Mahnung, nun endlich die schon zu lang gehegte Illusion fahren zu lassen: „Es ist eben eine Krise wie schon manche frühere, die auch überwunden worden sind! Von einer permanenten Krise, aus der es kein Herauskommen mehr gibt, reden bloß die unverbesserlichen Hetzer, denen es ein teuflisches Vergnügen macht, in die beunruhigten Arbeitermassen immer wieder Feuerbrände zu schleudern!"

Mitteilungen

Reichstreffen der KAJ. Pfingsten 1926.

Allen Berliner Genossen, Partei, Union und Jugend sowie Sympathisierende treffen sich am Bahnhof Gesundbrunnen am Sonnabend 6,30 Uhr abends, am Sonntag 5,30 Uhr morgens. Abfahrt der Züge am Sonnabend 6,48 Uhr, am Sonntag 6,08 Uhr. Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 1,90 Mk. Rege Beteiligung aller Genossen wird erwartet.

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur

Berlin O 17, Warschauer Straße 49. Potscheckkonto Nr. 49029.

Durch besonders günstigen Einkauf von guten Büchern sind wir in der Lage, nachstehende Werke zu außergewöhnlich billigen Preisen abzugeben:

Auer, J.: Nach zehn Jahren, halbl.	3,—	M.
Bebel, A.: Aus meinem Leben, 3 Bände, halbl. statt 16	8,—	M.
— Die Frau und der Sozialismus, ganzl. statt 3,50	2,50	M.
Cunow, H.: Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie statt 8,—	5,—	M.
Kampfmeyer P.: Geschichte der Gesellschaftsklassen, ganzl. statt 4,—	2,50	M.
Kropotkin, P.: Die französ. Revolution, gzl. statt 8,—	5,—	M.
Kulczykl, L.: Die russ. Revolution, die beste geschichtliche Schilderung der russischen Revolution bis 1913 3 Bd. halbl. statt 60,—	11,—	M.
Luxemburg, R.: Die Akkummulation des Kapitals,	4,—	M.
Landauer: Briefe aus der französischen Revolution, 2 Bände statt 5,—	3,—	M.
Liebknecht, K.: Reden und Aufsätze, statt 2,—	1,50	M.
— Zuchthausurteil geb. halbl.		
Laufenberg: Geschichte der Arbeiterbewegung Hamburg, Altona und Umgegend	6,—	M.
Literarischer Nachlaß Marx, Engels, Lassalle, 4 Bände Halbl.	16,—	M.
Marx-Engels, Briefwechsel, 4 Bände Halbl.	12,—	M.
— Gesammelte Schriften 2 Bände Halbl.	10,—	M.
— Briefe und Auszüge an Sorge,	3,—	M.
Marx, K.: Das Kapital, Volksausgabe v. Kautsky, geb.	6,—	M.
— Das Kapital, Volksausg. v. Borchardt, brosch.	2,—	M.
	3,—	M.
Mehring, F.: Deutsche Geschichte	4,—	M.
Morgan: Die Urgesellschaft		
Rosenow, E.: Kulturbilder, Wider die Pfaffenherrschaft, 2 Bände	10,—	M.
Schulz, H.: Kulturbilder, Blut und Eisen, 2 Bände	10,—	M.
Zimmermann: Der Bauernkrieg	4,—	M.

Wir haben außerdem noch folgende Bände der alten Ausgabe der Internationalen Bibliothek am Lager, die wir zu Vorzugspreisen abgeben:

Nr. 1 Schulok, Entwicklungstheorie	2,—	M.
Nr. 9 Bebel, Die Frau und der Sozialismus	3,—	M.
Nr. 10 Lissagaral, Die Geschichte der Kommune vom 1871	2,—	M.
Nr. 11 Engels, Ursprung der Familie	2,—	M.
Nr. 12 Marx, Das Elend der Philosophie	2,50	M.
Nr. 14 Engels, Lage der arbeitenden Klasse in England	2,50	M.
Nr. 17 Mehring, Die Lessinglegende	3,—	M.
Nr. 21 Dühring, Umwälzung der Wissenschaft	2,50	M.
Nr. 24 Marx, Revolution und Konterrevolution	2,50	M.
Nr. 26b Bloß, Leben und Wissenschaft	2,50	M.
Nr. 30 Marx, Kritik der politischen Oekonomie	4,50	M.
Nr. 33 Deutsch, Sechszehn Jahre in Sibirien	3,—	M.
Nr. 36, 37 u. 37a, Marx, Theorie über den Mehrwert, 4 Bände	12,—	M.
Nr. 38 Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung	2,—	M.
Nr. 41 Deutsch, Viermal entflohen	2,50	M.
Nr. 49 Bloß, Bebel und die Verschwörung für die Gleichheit	2,50	M.
Nr. 50 Kautsky, Vermehrung und Entwicklung	2,50	M.
Nr. 51 Louis, Geschichte der Gewerkschaften in Frankreich	2,—	M.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sein, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Budunat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 39

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebene Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Regierungskrise

Die Regierung ist gestürzt. Den Anlaß bot die 2. Flaggenverordnung. Sie ist überhaupt ein Charakteristikum für die Stellung und Haltung des deutschen Kapitals. Schwarzrotgold ist gestiegt und die bösen Geister des Monarchismus ausgetrieben. Die schwarzweißrote Hexe ist trotzdem lebendig wie zuvor. Sie hat wieder, einen offensichtlichen Beweis für die Teufeleien, deren sie fähig ist, geliefert. Ein ganz sauberes und nach allen strategischen Grundsätzen gut durchgearbeitetes Putschprojekt ist von dem republikanischen Gralshüter Severing der übrigens garnicht überraschten Mitwelt unterbreitet. Ein ganzer Koffer mit Material ist dem Oberreichsanwalt nach Leipzig zugeschickt worden. Waffenlager sind entdeckt. Die brave Severingsche Polizei hat mit wahrer Todesverachtung gegen ihre eigene Ueberzeugung aufdecken müssen. Zur Beruhigung aller Beteiligten befinden sich sämtliche Hochverräter in Freiheit, damit sie alles wieder in Ordnung bringen und weiter arbeiten können. Der Wille des Volkes ist das oberste Gesetz im Deutschen Reich wie in allen kapitalistischen Republiken. Im Parlament walten die Volstrecker dieses köstlichen Willens. Sie stürzen Regierungen, die den trockenen Putsch wollen, und lassen die revolutionären Kräfte derselben Richtung wachsen, blühen und gedeihen. Damit wird nichts schlagender bewiesen als die völlige Belanglosigkeit und noch mehr die Nichtachtung, mit der das deutsche Kapital dem Parlament gegenübersteht.

Die Flaggenverordnung war eine glatte Provokation gegenüber den sogenannten republikanischen Parteien. Zentrum und Demokraten waren in dem Kabinett Luther vertreten und zwar das Zentrum durch seinen höchsten Funktionär, den Vorsitzenden der Partei. Die Vertreter beider Parteien haben sich durch Luther binden und verbieten lassen, ihren Parteien von dem bevorstehenden Erlaß der Verordnung irgend etwas mitzuteilen. Es war ihnen also bekannt und sie waren sich auch dessen bewußt, daß die mit der Flaggenverordnung verbundenen Ziele in ihren eigenen Parteien auf sehr starken Widerstand stoßen würden und daß sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollten. Die Vorbereitungen entsprachen ohne weiteres denen eines Staatsstreiches. Luther war sich klar, daß er bei der Verwirklichung seiner Absichten auf keinen Widerstand innerhalb des Verwaltungsapparates und der Widerstand innerhalb des Verwaltungsapparates wird nicht verbreitet stoßen würde. Ein offener Bürgerkrieg war nicht zu befürchten. Als letzter Trumpf war noch der Name und die Person Hindenburgs bereitgehalten. Luther hat alle Möglichkeiten vorbereitet, um die Umstellung auf schwarzweißrot zu erzwingen. Seine auf dem völligen Kretinismus des Reichstages basierende Einstellung hat sich nicht als völlig richtig bewiesen. Er hat sich für die Linke unentbehrlicher gehalten, als es sich in der Tat gezeigt hat. Die Untertänigkeit, mit der die Linke jeden Wink der Luther-Regierung befolgt hat, weil sie nach außen eine ihren Interessen angepaßtere Politik betrieb, als sie bei einer völlig rechts orientierten Regierung der Fall ist, hat bei Luther einen glatten Cäsarenwahnsinn entwickelt. Er fühlte sich immer mehr als der deutsche Duce, der Vollstrecker des deutschen Faschismus. Die bisher immer maßgebende Rücksichtnahme auf das Ausland, welches angeblich ungeheuren Wert auf die republikanische Vortreffilichkeit Deutschlands legte, ist seit der ohne auswärtige Verwicklungen durchgesetzten Wahl des kaiserlichen Feldmarschalls und Republikaners aus Nützlichkeitserwägungen, wenn man sear weit in der geistigen Kapazität des jetzigen Staatspräsidenten gehen will, fast bis auf den Nullpunkt gesunken. Dazu kommt noch das offenbare Fiasko des Völkerbundes und der erbunsinnlose Abschluß des Berliner Vertrages, der das Selbstbewußtsein der deutschen Imperialisten außerordentlich gestärkt hat. Sie wollen im Ausland wieder bewußt die Flagge des deutschen Säbels lassen. Es ist ihr Kampfsymbol und soll auch den Beginn des alten Deutschland der Welt verkünden. Für das gesamte deutsche Kapital ist die Flaggenfrage kein ernsthafter Streitpunkt. Sie sind sich vollkommen darüber einig, daß die Zeit ist. Solange die Sozialdemokratie noch für das Finanzkapital zur Durchführung seiner außenpolitischen Pläne notwendig ist und eine Verschärfung der an und für sich schon gespannten inneren Lage infolge der rücksichtigen Konjunktur vermieden werden muß, sind die Demokraten für die Beibehaltung der „neuen" Farben.

Die Lockerung der Staatsautorität und die größere Selbstständigkeit der Massen, die die „Revolution" mit sich gebracht hat, ist ihnen für ihre Zwecke unbequem geworden. Sie wünschen nur die Ausdehnung ihrer Rechte und fürchten die Kräfte, die sie selbst herbeigerufen haben. Ihr Ideal war immer die konstitutionelle Monarchie. Diese Form kann auch in der Republik verwirklicht werden. Ein Flaggenwechsel ist dazu nicht absolut notwendig. Sie wissen sehr gut, daß die Sozialdemokratie für die Beibehaltung der republikanischen Staatsform bereit ist, die größten Opfer zu bringen und den schödesten Verrat zu sanktionieren. Der Einfluß der SPD. in der Arbeiterschaft beruht auf den republikanischen Illusionen. Aus dem Zusammenbruch der Republik würde auch die SPD. ihre Machtstellung bei dem Proletariat verlieren und die revolutionären Parteien die Oberhand gewinnen. Es würde dann jedem klar werden, daß die evolutionäre Theorie und Praxis nur Arbeit für den Kapitalismus bedeutet. Die SPD. hat den bürgerlichen Staat aus den Klauen des Bolschewismus mit dem Erfolg gerettet, daß er noch gestärkter und bewußter in der Anwendung seiner Klassenherrschaft den Kampf gegen das Proletariat führt. Der Sturz der Republik würde verschärften Klassenkampf bedeuten. Ein Teil der Bourgeoisie würde dies ganz entschieden begrüßen, weil er die jetzigen „pflaumenweichen" Methoden verwirft und ihnen die Schuld an den gegenwärtigen Verhältnissen beimißt. Er ist von einer tiefen Verachtung gegenüber dem Proletariat erfüllt, weil er im Laufe der Entwicklung, besonders der Inflationsjahre, die Erfahrung gemacht hat, daß man dem Proletariat sehr viel bieten kann. Augenblicklich hält er die Situation für sehr günstig, da die Gewerkschaften durch die außerordentlich schlechte Wirtschaftslage gelähmt sind. Selbst die durch den englischen Generalstreik gehobene Stimmung der Arbeiterschaft schreckt ihn nicht zurück. Im Gegenteil, gleichzeitig bringt er noch eine sehr scharfe Abänderung zum Vereinsgesetz ein und schafft sich damit auch die Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts, die eine verschärfte Ueberwachung der Arbeiterschaft bedeutet. Es ist System im Vorgehen der deutschen Bourgeoisie. Ihr Machtbewußtsein ist angestiegen. Die herrschende Schicht hält auch trotz Fürstenentsetzungsrummel die Republik innerlich für so erledigt, daß kein Hahn danach krähen wird, wenn sie eines Tages unauffällig ermordet aufgefunden wird. Die Flagge ist heute noch

England — Polen — Rußland

Der katastrophale Zusammenbruch des englischen Massenstreiks hat der geradezu widerlich sich gebärdenden Presse der III. Internationale ein wenig die Sinne verwirrt. Diese englische Gewerkschaftsstrategie und ihre „linken" Führer, haben sich, in der Nähe besehen, als eine heimtückische Falle entpuppt, in die die III. Internationale nicht nur die englischen Arbeiter gelockt hat, sondern auch das gesamte Proletariat. Die „linken" Führer, allen voran der Phraseur Coock, verstecken sich vor den empörten Arbeitern, die vor dem Gewerkschaftshause in London demonstrieren, und der Säbel der Polizei demonstriert diesen Arbeitern, daß diese rechten und „linken" Führer das kostbarste Gut der Kapitalistenklasse sind, die mit stärksten Polizeikräften zu verteidigen sind. Selbst die Imprekorr muß melden, daß man in London 40 Arbeiter vor den Büros der Gewerkschaften zu Boden schlug. Sie „vergisst" hinzuzufügen, daß unter den Schützlingen der Londoner Polizei auch der russische Liebling Coock war. So verteidigt die Garde der internationalen Konterrevolution die Lieblinge der III. Internationale, vor denen die „Rote" Armee in Moskau das Gewehr präsentierte.

Die internationale Konterrevolution tritt in den verschiedensten Masken auf, doch die Geschichte reißt sie immer wieder erbarmungslos von den heimtückischen Fratzen. Der Sieg der englischen Kapitalisten und seiner weißen Garden wurde vorbereitet von Moskau. Moskau legte in seiner Gewerkschaftsstrategie die Falle. Die Phrasen Sinowjews über die „rechten" Verräter sollen nur eine bankrotte Politik retten, sollen den Arbeitern das System und die Methode des Arbeiterverrats möglichst verschleiern. Wenn die Arbeiter der KPD. nicht erkennen, daß sie sich durch ihren lächerlichen Autoritätsdusel mitschuldig machten an dem hinterhältigen Anschlag gegen die englischen Arbeiter, weil sie die eigenen Erfahrungen in den Kämpfen des deutschen Proletariats verleugneten und diesem hinterhältigen Anschlag begeistert zustimmten — dann muß der letzte Rest proletarischen Selbstbewußtseins vor die Hunde gegangen sein.

In Polen tobt der offene Bürgerkrieg. Nach den vorliegenden Meldungen ist der Kleinbürger Pilsudski, der „Demokrat", nicht davor zurückgeschreckt, die nationalistische Witos-Regierung mit den Waffen anzugreifen, sich durch gewaltsamen Umsturz in den Besitz der Macht zu setzen. In Polen herrscht seit Jahren ein unbeschreibliches Schreckensregiment gegen das Proletariat. Eine Spitzelorganisation, die sich über ganz Polen erstreckt, ist von der Polizei, der dies Kommunismus verdächtig ist, vor die Henker. Ganze Dörfer sind flüchtig geworden, so berichtete die Imprekorr schon im vorigen Jahre. Findet man die Gesuchten nicht, werden Frauen und Kinder festgenommen. Um den kommunistischen Geist zu vertreiben, pumpt man mit Schläuchen so lange Wasser mit Schnaps und Urin gemischt, in den Magen, bis der Bauch aufgebläht ist. Dann beginnen die Polizisten mit den schweren Stiefeln auf dem Bauch herumzutrampeln. Die „Sozialdemokraten" — heißt es in diesem Bericht der Imprekorr — „rühren keinen Finger, sind sie doch mit Schuld an diesen Terrorakten. Sie denunzieren der Regierung alles, und liefern so einen Vorwand zu diesen unmenschlichen Terrorakten." — Zu derselben Zeit, November 1925, war Tschitscherin in Warschau, und die Regierung Witos veranstaltete zu Ehren Tschitscherins ein großes Festessen.

Die jetzt vor sich gehende Auseinandersetzung entspricht nicht der Aktivität des Proletariats. Das Proletariat ist in Polen buchstäblich zum großen Teil dem Verhungern nahe. Bürgerliche Zeitungen berichten, daß nahezu die Hälfte der Arbeiter arbeitslos sind, und von einer erwähnenswerten Unterstützung der Erwerbslosen ist gar keine Rede. Eine riesige Inflation treibt die Preise in die Höhe. Das Proletariat ist seiner revolutionären Organisation beraubt, die Besten sind zu Tode gemartert oder sitzen in den Gefängnissen. Doch durch den Bürgerkrieg zwischen dem Kleinbürger Pilsudski und der nationalistischen Witos-Regierung bekommen die Massen natürlich Luft. Es fehlt die Unterstützung der Internationale, der kühne Weckruf „der eisernen Kohorte der Weltrevolution" —. Wie verschiedentlich gemeldet wird, hat die russische Regierung erklärt, daß sie sich in die Verhältnisse in Polen nicht einzumischen gedenkt! Warum? In Rußland ist die Arbeitslosigkeit fast die gleiche. Rußland sucht „freundschaftliche Beziehungen" der kapitalistischen Regierungen, ganz gleich welchen Gepräges. Das wirklich revolutionär denkende Proletariat hat diesen Betrug längst durchschaut, und weiß, daß das kapitalistische Rußland gar nicht mehr daran denken kann, den Arbeitern zu helfen. Es hat andere Sorgen, die Sorgen der Mittel- und Großbauern. Wir fragen die Arbeiter der KPD., die immer noch an die „eiserne Kohorte der Weltrevolution" glauben, an die „bereitstehende „Rote" Armee"! Steigt euch nicht die Schamröte ins Gesicht, angesichts der Zustände an den „Roten Grenzen", angesichts der offenen Verhöhnung des polnischen Proletariats durch die russische Bauernregierung? Angesichts der ausdrücklichen Zusicherung der „Sowjet"-Regierung, sich nicht „einzumischen", Merkt ihr nicht, daß der Popanz der „eisernen Kohorte der Weltrevolution" nur dazu da ist, euch durch Hoffen und Harren ganz zum Narren zu machen?

Die III. Internationale hat ihre Anhänger auch in Polen zur PPS. geschickt, mit dem Auftrag, eine „Einheitsfront" zu schließen. Die Antwort war, sie sollten machen, daß sie fortkämen. Sie hätte keine Lust, sich mit ihr einzulassen, dieweil die russischen Regierungsvertreter ihren Geschäften nachgehen und der neuen Ausbeuterregierung kräftig unter die Arme greifen.

Wann werden die Arbeiter der III. Internationale begreifen, daß, wer diese „Internationale" und ihre Politik unterstützt, der proletarischen Revolution das Grab gräbt?